



BRICKS – Building Respect on the Internet by Combating Hate Speech

Nationale Studie Deutschland

Dez. 2015



Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Programms „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ der Europäischen Union produziert.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung	3
2.	Nationaler Kontext	4
3.	Analyse der Fallbeispiele.....	6
	a) Überblick der Fallstudien.....	10
	b) Fallstudien im Detail	13
4.	Resultate der Interviews	45
5.	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	48

1. Zusammenfassung

Zu Beginn des BRICKS-Projekts war Hate Speech ein regelmäßig wiederkehrendes Thema in der öffentlichen Wahrnehmung, aber keinesfalls eins, das selbst die Mainstream-Medien beherrschte. Im Verlauf des Jahres, beeinflusst durch die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Zusammenhang etwa mit der steigenden Zahl an Flüchtlingen in Europa, nahmen sowohl die Menge an Hate Speech in den sozialen Medien und in den Kommentarbereichen von Onlinezeitungen als auch die mediale und politische Diskussion des Phänomens Hate Speech erheblich zu. Die Ergebnisse des deutschen Round Table von BRICKS zu diesem Thema, die Medienerhebung und insbesondere die Interviews mit Redakteuren, Vertretern spezifischer Einrichtungen und Social-Media-Managern bestätigten eine Zunahme sowohl der Anzahl veröffentlichter Kommentare als auch einen alarmierenden Zuwachs, was den Grad an Hass betrifft, der in diesen Nachrichten übermittelt wurde.

Ein typischer Fall von Hassrede, der in sozialen Medien oder Online-Kommentarbereichen veröffentlicht wird, befasst sich nur bis zu einem gewissen Punkt mit dem, was etwa in einem Artikel tatsächlich gesagt wird. Der „normale“ Verlauf scheint zu sein, dass der Artikel nur den Auslöser für Vorurteile, Hass und Einstellungen liefert, die ohnehin bereits in den Köpfen der Menschen wirken. Eine fruchtbare Diskussion, unterstützt durch Moderation seitens der Redaktionen oder durch andere Kommentatoren, versagt im Angesicht des massiven Ansturms von Emotionen, Provokationen oder Tiraden der Hassredner. Die meisten der Interviewpartner waren sich dennoch einig, dass Moderation die sinnvollste Lösung ist und dass das Löschen von Kommentaren oder das Ausschließen von Kommentatoren nur der letzte Ausweg im Umgang mit destruktiv werdenden Diskussionen sein sollte.

Die eventuelle Notwendigkeit rechtlicher Schritte wurde ab Herbst 2015 diskutiert, als klar wurde, dass beispielsweise Facebooks Netiquette-Regularien (einschließlich des Löschens von Kommentaren) sich als zu langsam, zu lax oder zu unbestimmt erwiesen, als dass massive Verletzungen in öffentlichen Diskussionen damit hätten effektiv kontrolliert werden können. Dieses – so der Verlauf der Diskussion – sei weder nur oder notwendigerweise das Resultat mangelnden Interesses auf Seiten des Unternehmens noch ein Beweis für die Unfähigkeit, mit solchen Mengen an Kommentaren umzugehen oder ähnliches: Es scheint, dass die Grenze zwischen Meinungsfreiheit, Zensur und Verletzung von Menschen- und Persönlichkeitsrechten auf sehr bedachte Weise neu definiert werden sollte, um einerseits demokratische Grundrechte nicht zu beschädigen und andererseits den öffentlichen Raum vor zerstörerischer Aufwiegung zu schützen.

Im Verlauf des Projekts wurde das deutsche Team von einer wachsenden Zahl an Personen und Gruppen (Lehrer, Personen aus der Jugendarbeit, Social-Media-Experten und Vertreter aus dem Bildungsbereich) kontaktiert, die großes Interesse am Projekt und an den zu entwickelnden Instrumenten zeigten, da auch sie mit dem

Phänomen und den Konsequenzen des zunehmenden Hate Speech konfrontiert waren und das Bedürfnis hatten, sich zu informieren und mit verschiedenen möglichen Lösungen, um sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, ausgestattet zu werden.

2. Nationaler Kontext

Hate Speech in Deutschland, obwohl dieses Phänomen schon lange vorher präsent war, wurde im Verlauf des Jahres 2015 zu einem Hauptthema sowohl auf politischer Ebene als auch in der öffentlichen Diskussion. Vor Sommer 2015 richteten sich typische Hassreden überwiegend gegen Muslime, etwa im Kontext der Charlie-Hebdo-Attacken, gegen Homosexuelle, gegen spezifische oder unspezifische Minderheiten (religiös oder ethnisch), gegen Frauen.

Im Frühsommer 2015 richteten sich Hasskommentare zunehmend gegen Flüchtlinge, besonders gegen muslimische. Diese Entwicklung hing eindeutig mit der europäischen Flüchtlingskrise zusammen, die nicht nur zu einem überraschenden Maß an zivilgesellschaftlicher Unterstützung, sondern bedauerlicherweise auch zu einer Zunahme von Hassreden in sozialen Medien führte. Nicht nur die Menge an Kommentaren, die unbestreitbar die Grenzen der Meinungsfreiheit verletzten, sondern auch die Intensität des Hasses, der in diesen Kommentaren sichtbar wurde, erreichten einen Punkt, an dem Politiker (fast) aller politischen Fraktionen Lösungen und Instrumente verlangten, die dazu beitragen könnten, diese Form der destruktiven öffentlichen Diskussion zu minimieren oder zu kontrollieren. Hasskommentare richteten sich seitdem nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen Personen, die sich für diese engagierten, zivilgesellschaftliche Unterstützer, Freiwillige, Politiker, Aktivisten.

Heiko Maas, der deutsche Justizminister, appellierte an Vertreter von Facebook Europe (Dublin) und Deutschland, mögliche Mittel zur Vereinfachung des Löschens von auf Facebook veröffentlichten Hassreden zu prüfen, da diese Plattform sich seit Kurzem als Sammelbecken für rechtsextreme, rassistische Kommentare erwiesen hatte. Die deutsche Staatsanwaltschaft ermittelte gegen mehrere Facebook-Manager in Deutschland, um herauszufinden, ob das Unternehmen dafür verantwortlich gemacht werden kann, nicht ordnungsgemäß mit Hassreden umgegangen zu sein. Vertreter von Facebook haben angekündigt, sich in Kürze auf eine Prüfung der Regeln und Verfahren einigen zu wollen (Stand Dez. 2015).

Erstmals wurde gegen Personen ermittelt bzw. wurden diese verurteilt, weil sie Hasskommentare veröffentlicht hatten [z. B. http://www.deutschlandfunk.de/hetze-bei-facebook-4-800-euro-geldstrafe-oder-gefaengnis.1818.de.html?dram:article_id=329294]. Anderen wurde gekündigt [z. B. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommentar-gegen-fluechtlinge-awo-kuendigt-mitarbeiterin-a-1049774.html>].

Darüber hinaus erhob eine wachsende Zahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Gruppen sowie bekannte Personen des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Comedians, Autoren) ihre Stimme gegen Hassreden. „Perlen aus Freital“ [Freital ist eine kleine Gemeinde in Ostdeutschland, in der sich massive Vorfälle gegen Flüchtlinge ereigneten] als nur ein Beispiel sammelt Hasskommentare und recherchiert und veröffentlicht die Namen der Urheber in einer Art virtuellem Pranger [<http://www.tagesspiegel.de/politik/blog-perlen-aus-freital-morddrohung-gegen-fluechtlingsaktivisten/12048210.html>].

Im juristischen Kontext ist „Hate Speech“ kein Rechtsbegriff in Deutschland; aus diesem Grund differenziert das Gesetz nur zwischen zulässiger und unzulässiger Meinungsäußerung. Dies macht eine angemessene Definition und einen angemessenen Umgang mit Hassreden im juristischen Sinn schwierig. Das deutsche Grundgesetz und insbesondere das Bundesverfassungsgericht betonen die Wichtigkeit von Meinungsfreiheit. Nach dem Bundesverfassungsgericht ist Meinungsfreiheit „in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt“ (BVerfGE 7, 198, 208, zitiert nach: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/hatespeech/hate-speech-im-internet-eine-rechtliche-einordnung/>). Aus diesem Grund gewährt das Grundgesetz jedem das Recht darauf, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern“ (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1); dennoch ist dieses Recht nicht ohne Einschränkung, die etwa dann wirkt, wenn allgemeine Gesetze, der Schutz der Jugend und das Recht der persönlichen Ehre betroffen sind. Hassreden können also grundsätzlich eine Verletzung entweder der persönlichen Ehre eines Individuums oder von Angelegenheiten der Allgemeinheit darstellen, so dass der Staat im Fall von Hassreden einschreiten kann, wenn er dies auf Grundlage ebenfalls allgemeiner Gesetze tut.

Die Gesetzgebung wird als allgemein definiert, wenn sie neutral ist, also frei von Meinung. Wenn ein Gesetz etwa den Aufruf zu Straftaten seinerseits unter Strafe stellt, dann gilt dieses Gesetz sowohl für links- und rechtsextreme wie auch für nicht politisch motivierte Fälle. Wenn das entsprechende Gesetz beispielsweise nur die Aufrufe zu Straftaten von einer politischen Richtung verfolgte, dann wäre es nicht neutral, nicht allgemein und verstieße damit gegen das Grundgesetz. Dieses Verfahren ist allgemeingültig in Deutschland, mit der Ausnahme des Tatbestands der Volksverhetzung, der eine Straftat darstellt, der nicht allgemein ist, da in diesem Fall nur eine nationalsozialistische Motivation (Billigung nationalsozialistischer Gewalt und Willkürherrschaft) zu einer Verfolgung führt. Diese Ausnahme gilt als gerechtfertigt, da die vollständige Ablehnung nationalsozialistischen Gedankenguts als dem Grundgesetz immanent definiert wird, um so ein Gegengewicht zum Totalitarismus des Naziregimes zu bilden. Volksverhetzung ist also das, was in einem nicht-juristischen Sinne dem Hate Speech am nächsten kommt, stellt aber nur einen kleinen Anteil möglicher Einschränkungen von Meinungsfreiheit dar.

In der praktischen Umsetzung sind die wichtigen Einschränkungen der Meinungsfreiheit im Bereich der Persönlichkeitsrechte zu finden, da die Äußerung von Meinungen entsprechende Rechte anderer verletzen könnte. Strafverfolgung auslösen können deshalb etwa unwahre Tatsachenbehauptungen, Verleumdungen und Schmähungen, d. h. Äußerungen, die sich nicht länger auf die Sache berufen, die eigentlich diskutiert wird, sondern lediglich dem Angriff Dritter dienen. Aber im Interesse des Schutzes des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung muss eine entsprechende Strafverfolgung immer den Kontext, in dem die Äußerung gemacht wurde, berücksichtigt werden, so dass jeder einzelne Vorfall sorgfältig untersucht werden muss.

Eins der vielen praktischen Probleme in der Verfolgung von Hassreden ist der Umstand, dass die tatsächlichen Verfasser selten zur Verantwortung gezogen werden können, da die Identität der Benutzer auf Websites, in Blogs und Foren nur schwer ermittelt und bestimmt werden kann. Hier stellt sich die Frage, ob derjenige, der das betreffende Forum o. ä. betreibt, für das Entfernen womöglich rechtsverletzender Inhalte verantwortlich gemacht werden kann. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Forenbetreiber erst dann haftbar ist, wenn er seine Pflichten zur Überprüfung der veröffentlichten Inhalte vernachlässigt hat. Sollte der Betreiber über rechtsverletzende Inhalte informiert worden sein, ist er verantwortlich für deren mögliche Löschung. In diesem Fall muss der Betreiber den Verfasser der Äußerungen kontaktieren und eine angemessene Stellungnahme fordern. Wenn die Äußerung nicht mit deutschem Recht konform ist, muss der Betreiber sie entfernen.

[Quelle dieser Erläuterungen des juristischen Kontexts: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/hatespeech/hate-speech-im-internet-eine-rechtliche-einordnung/>]

3. Analyse der Fallbeispiele

Die Artikel für die Analyse der Fallbeispiele wurden wegen der Wirkung ausgewählt, die sie in deutschen Medien hatten. Der Grund für ihre Auswahl war entweder

- dass in Deutschland bekannte Personen des öffentlichen Lebens betroffen waren, oder
- dass die Themen selbst regelmäßig eine Debatte in Deutschland hervorrufen, also in gewissem Sinne „typisch deutsch“ sind, oder
- dass sie einen erheblichen Widerhall in den Medien hatten.

Die Themen, von denen die ausgewählten Artikel handeln, bilden typische deutsche Auseinandersetzungen, Kontroversen, Diskussionen etc. ab. Die Artikel wurden auf verschiedenen Social-Media-Seiten wie etwa Facebook, Twitter, Instagram und einer Reihe von Nachrichtenseiten veröffentlicht. Dies führte zu einer großen Zahl an Kommentaren, die analysiert werden konnten.

Das erste Fallbeispiel beruht auf einem Kommentar der deutschen Redakteurin Anja Reschke zum Anlass des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (Auschwitz-Gedenktag). Sie ist ein Mitglied der „ARD“-Redaktion, dem größten deutschen Sender. In den Abendnachrichten kritisierte sie die weitverbreitete Haltung vieler Deutscher, dass es Zeit sei, „zu vergessen und darüber hinwegzukommen“, in Bezug auf die Konzentrationslager und die Nazi-Vergangenheit im Allgemeinen. Dies führte zu einer deutschlandweiten Diskussion über die Verantwortung der jetzigen Generation, der Vergangenheit zu gedenken, und brachte die Frage auf, ob dieser Teil der Geschichte ein Teil der deutschen Identität ist und bleibt. Dieser Kommentar wurde auf der ARD-Nachrichtenseite und im ARD.blog veröffentlicht und in verschiedenen Medien geteilt und erzeugte mehr als 7.000 Kommentare allein auf Facebook.

Die Analyse zeigt verschiedene Gruppen von Kommentatoren:

- Menschen, die mit dem Gesagten, Geschriebenen, Gezeigten übereinstimmen, die ihre Zustimmung ausdrücken und das, was veröffentlicht wurde, unterstützen wollen.
- Kommentatoren, die nicht mit dem gesagten übereinstimmen und dies sehr deutlich kundtun, in dem sie wütende oder hasserfüllte Kommentaren hinterlassen.
- Selbstverständlich gibt es Sachargumente und Personen, die eine sinnvolle Debatte zu beginnen versuchen,
- aber relativ oft trifft man auf Personen, die diese Gelegenheit nutzen, um absichtlich Streit zu beginnen, Unwahrheiten zu verbreiten und nur zu ihrer eigenen Unterhaltung Öl ins Feuer zu gießen.

Der Facebook-Eintrag wurde von der ARD-Redaktion überwacht, die zu verschiedenen Gelegenheiten intervenierte und die Community daran erinnerte, den Richtlinien der Netiquette zu folgen. Obwohl einige extreme Kommentare gelöscht wurden, wurde der Inhalt von anderen Nutzern lediglich aufgegriffen, so dass Beschimpfungen und Hass vorhanden blieben. (Dies ist einer der Gründe dafür, dass einige Nachrichtenredakteure und Social-Media-Manager debattieren, ob sie die Kommentarfunktion auf Facebook in Gänze abschalten sollten, da es fast unmöglich scheint, dass ein Redaktionsteam die Tausenden an Kommentaren schnell genug sichten könnte.)

Der zweite Fall drehte sich um die bekannte deutsch-türkische Schauspielerin Sila Şahin, die eine religiöse Frau in einer deutschen Fernsehserie spielte und ein Bild von sich postete, auf dem sie für ihre Rolle ein Kopftuch trug. Dies traf bei verschiedenen Menschen einen Nerv, da sie das erste deutsch-türkische Model gewesen ist, das auf dem Titelbild des deutschen „Playboy“-Magazins abgebildet war. Die Geschichte wurde von zahlreichen Nachrichtenquellen, Medienanbietern und in den sozialen Medien geteilt und rief Hunderte an Kommentaren hervor. Der Fall wurde wegen der medialen Aufmerksamkeit, die er auslöste, ausgewählt, und weil das Thema

„Kopftuch und Islam“ häufig von deutschen und türkischen Bürgern debattiert wird. Die Analyse zeigt, dass die Kommentare auf Instagram oft sehr harsch, hasserfüllt und aggressiv waren. Dies liegt wahrscheinlich auch daran, dass Prominente ihre (privaten) Accounts nicht überwachen und die Kommentare Dritter nicht löschen. Aus diesem Grund können Diskussionen schnell aus dem Ruder laufen, und während die Kommentatoren die eigentliche Diskussion aus dem Blick verlieren und sich über Dinge streiten, die keinen Bezug zum eigentlichen Thema haben, heizt sich die Diskussion weiter auf.

Allgemein wird debattiert, ob die Inhaber der jeweiligen Accounts oder die Betreiber der Plattform für Inhalte verantwortlich sind. Interessant zu beobachten ist, dass Kommentatoren Hasskommentare schreiben, obwohl viele der fraglichen Instagram-Accounts öffentlich sind und jeder die Identität der Benutzer nachschlagen kann. Die häufig beschworene Anonymität sozialer Medien scheint es auf Instagram nicht zu geben. Berühmtheiten würden womöglich davon profitieren, wenn sie Personal zur Pflege ihrer Accounts beschäftigen und wenn sie sich selbst in die Debatte einbringen würden, womit sie die Menschen daran erinnern könnten, dass es sich bei ihnen nicht nur um irgendeinen Fernsehcharakter, sondern um eine tatsächliche Person handelt, die dementsprechend behandelt werden möchte.

Über den Sila Şahin-Vorfall berichtete auch das bekannte deutsche Nachrichtenmagazin „FOCUS“ in seiner Online-Ausgabe. Im FOCUS-Redaktionsteam steht eine recht große Zahl an Personen zur Moderation von Artikeln zur Verfügung und der Unterschied, den dies macht, ist schnell zu sehen. Die Kommentatoren müssen sich anmelden, offene Hassreden werden gelöscht und die Anwesenheit der Moderatoren ist durchweg spürbar, da sie Nutzer an die Regeln der Netiquette erinnern und sich auch selbst in die Debatte einbringen. Als der FOCUS allerdings den fraglichen Artikel auf Facebook postete, erschienen die gleichen Hasskommentare wie auf Instagram, was beweist, dass es sich für ein Moderationsteam als unmöglich erweist, einen vollständigen Überblick über das, was passiert, zu bewahren.

Der dritte Fall handelte von einem jungen Libanesen aus Berlin, der schwul war und gegen seine Familie klagte, die ihn in eine Zwangsheirat drängen und entführen wollte. Seine sexuelle Orientierung, seine Religion und seine Herkunft waren Grund genug für einen riesigen Medienaufschrei und schreckliche Drohungen auf fast jeder Plattform. Die Geschichte wurde als erstes von der „Berliner Zeitung“ (BZ) auf ihrer Website veröffentlicht. Die Kommentarfunktion wurde abgeschaltet, aber der verlinkte Facebook-Eintrag zeigte auf drastische Weise, was passieren kann, wenn zu wenig Moderation von externen Mediatoren stattfindet.

Die meisten der Hasskommentare wurden mittlerweile gelöscht, da das Internet „nicht vergisst“, beziehen sich andere Kommentatoren immer noch auf das Gesagte. Leser können verschiedene Anmerkungen der BZ auf Facebook finden, mit denen die Menschen daran erinnert werden, sich an die Netiquette zu halten. Die BZ formu-

lierte auch wiederholt ihren Schrecken darüber, dass ein dermaßen massives Aufkommen an Hass zustande gekommen war. Viele Nutzer stimmten zu, aber eine andere große Gruppe von Kommentatoren drängte die Zeitung, die Hasskommentare bei Facebook zu belassen, damit Menschen klar werde, womit Schwule und Lesben tagtäglich konfrontiert werden, so dass die Medien dieses Problem nicht länger herunterspielen könnten. Wiederum andere hielten Einmischungen seitens des Redaktionsteams für eine Behinderung der Meinungsfreiheit. Diese Kontroverse demonstriert, wie nahezu unmöglich es ist, eine allgemeingültige Lösung zu finden, die Hass bekämpft und der alle zustimmen können. Die Frage kommt auf, ob Zeitungen die Veröffentlichung von sensiblen Themen wie der sexuellen Orientierung oder Religion in den sozialen Medien vermeiden und sich stattdessen auf eine strukturierte und beobachtete Diskussion auf ihrer je eigenen Website konzentrieren sollten.

Eine weitere Zeitung, „Die WELT“, schrieb ebenfalls über diese Geschichte, hatte fast gar keine Hassreden auf ihrer Seite und nur sehr wenige auf ihrem Facebook-Kanal, da sie einen sehr modernen und mutigen Ansatz der Moderation pflegt. Die WELT hat ein Redaktionsteam von mehr als 20 Personen, deren einzige Aufgabe es ist, zu moderieren, Kommentare zu sichten und zu löschen, zu kommentieren und zu antworten. Wegen ihrer erinnerungswürdigen, witzigen und manchmal unhöflichen Antworten an Nutzer hat das Thema fast schon einen Kultstatus in den sozialen Medien. Seine Anwesenheit ist deutlich spürbar und die Moderatoren sind dafür bekannt, dass sie die Kommentare beobachten, bis sich der Hass legt.

Der vierte Fall befasste sich mit Tuğçe A., einer jungen Frau, die starb, nachdem sie versuchte, in einer Auseinandersetzung zwischen mehreren jungen Frauen und Männern zu vermitteln. Sie stürzte, nachdem ihr ein Schlag zugefügt worden war, und starb an den Folgen einer tödlichen Kopfverletzung. Der Artikel, der sich auf diesen Fall bezog, vermeldete, dass Anklage gegen den Tatverdächtigen erhoben wurde. Die Geschichte selbst wurde von deutschen Medien über mehrere Monate verbreitet und die zahlreichen damit verbundenen Debatten generierten Hunderte an Kommentaren. Dieser spezielle Artikel wurde für die Analyse gewählt, da er, obwohl es sich nur um eine kurze, fast triviale Meldung handelt, in zwei Tagen rund 80 Kommentare hervorrief, die fast in Gänze keinerlei Bezug zum eigentlichen Inhalt des Artikels selbst hatten.

Dieser Artikel ist ein gutes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn es auf den Websites von Zeitungen keine (nennenswerte) Moderation gibt. Ohne Moderation ist es wahrscheinlich, dass Diskussionen sich vom eigentlichen Thema wegbewegen, und dass Nutzer aggressiver und weniger sachlich in ihren Antworten werden. Es zeigt aber auch, dass Nutzer selbst ohne Moderation in der Lage sind, auf Hassreden zu reagieren. Eine gewisse Anzahl an Personen im Netz versucht sachlich, vernünftig und nichtdiskriminierend zu bleiben und hilft dabei, Situationen zu entschärfen und die Konversation davor zu bewahren, vollständig außer Kontrolle zu geraten.

Im fünften Fall wurden drei Artikel über die Charlie-Hebdo-Attacken ausgewertet. Einer handelte von einem Karnevalswagen, der letztlich nicht Teil des diesjährigen Karnevals wurde, weil er einen Karikaturisten darstellte, der einen Stift in die Gehöröffnung eines Dschihadisten steckte. Die anderen beiden Artikel befassten sich mit dem Versuch der anti-islamischen Pegida-Bewegung, von der Charlie-Hebdo-Attacke zu profitieren, indem sie die tragischen Vorfälle für den eigenen politischen Vorteil ausbeuten wollte. Wenig überraschend rief das Thema einen Aufschrei in den Medien hervor und erzeugte Tausende an Kommentaren. Vergleichbar mit den anderen Fällen heizten sich die Diskussionen auch hier auf, sobald sensible Fragen, wie etwa zu Religion, verdreht und verzerrt wurden, um in die Argumentation der Hassenden zu passen und andere Kommentatoren aufzuhetzen. Mit angemessener Moderation konnten unverschämte Kommentare korrigiert, gelöscht bzw. in die Diskussion reintegriert werden, statt diese nur zu benutzen, um andere Kommentatoren in eine verbale Auseinandersetzung zu locken. Wenn hingegen andere Nutzer versuchten, Hasskommentare zu korrigieren und auf sie zu antworten, wurden sie entweder nicht ernstgenommen oder offen drangsaliert.

Man muss sich bewusst machen, dass es im Kontext von Pegida-Posts keinesfalls überraschend ist, wenn hier eine große Zahl an rechtsgerichteten, anti-islamischen Kommentaren entsteht. Zumindest hier war einiges an Moderation absolut notwendig, um sicherzustellen, dass die Kommentatoren auf zu viel persönlichen Antagonismus verzichten (obwohl Letzteres immer noch der dominante Eindruck der gesamten Diskussion war).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es nicht den einen Ansatz zum Umgang mit Hate Speech gibt. Es gibt Faktoren wie das Medium, den Ton, der in der Community vorherrscht (mit oder ohne explizite Netiquette), das Maß und die Art der Moderation und das Thema selbst, die alle wichtige Rollen in der stattfindenden Diskussion und im Hinblick auf das Ausmaß des entstehenden (oder nicht entstehenden) Hasses spielen. Es gibt Argumente für und gegen Moderation, für und gegen die Nutzung sozialer Medien für die Veröffentlichung von Artikeln.

a) Überblick der Fallstudien

1) Kommentar von Anja Reschke

„Tagesschau-Blog“: <http://blog.tagesschau.de/2015/01/29/antisemitische-reaktionen-auf-tagesthemen-kommentar/>, 29. Januar 2015 – Antisemitische Reaktionen auf Tagesthemen-Kommentar

Hintergrund / Kontext:

Nach einem Bericht über den Film „Night will Fall“, eine Dokumentation über die Kameramänner, die die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gefilmt haben, nutzte die deutsche Redakteurin Anja Reschke das Format eines Kommentars, um ihrer Enttäuschung über die Meinung vieler Menschen Ausdruck zu verleihen, dass

es Zeit sei, die Vergangenheit zu vergessen und all das hinter sich zu lassen, Dies verursachte eine deutschlandweite Diskussion über die Verantwortung der jüngeren Generation, sich des Geschehenen zu erinnern, und brachte die Frage auf, ob dieser Teil der Geschichte Teil der „deutschen Identität“ ist und bleibt.

II) Sila Şahin

http://www.focus.de/kultur/vermischtes/sila-sahin-das-sagt-sie-zum-kopftuch-shitstorm_id_4510733.html und

<https://www.facebook.com/FOCUSOnlineKultur/posts/737049073070725>, April 2015
- Sila Şahin: Das sagt sie zum Kopftuch Shitstorm.

Hintergrund / Kontext:

Nachdem sie ein Foto, auf dem sie ein Kopftuch trug, gepostet hatte, sah sich die deutsch-türkische Schauspielerin Sila Şahin mit einem enormen Shitstorm und verbalen Bedrohungen in den sozialen Medien konfrontiert. Sahins Reaktion auf diese Angelegenheit wurde in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.

III) Nasser

1) „Die Berliner Zeitung (BZ)“: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/klage-vor-gericht-in-berlin-ein-schwuler-sohn-wehrt-sich-gegen-zwangsheirat.10809148.29969838.html>, 25. Februar 2015 - Ein schwuler Sohn wehrt sich gegen Zwangsheirat. Klage vor Gericht in Berlin.

2) „Die Welt“: <http://www.welt.de/vermischtes/article138350318/Muslim-schwul-der-Zwangsehe-knapp-entkommen.html> und „Die Welt“-Facebook-Post: <http://www.welt.de/vermischtes/article138350318/Muslim-schwul-der-Zwangsehe-knapp-entkommen.html>, 16. März 2015 / Muslim, schwul, der Zwangsehe knapp entkommen. Mit 15 outet sich Nasser als schwul. Dann entführte ihn seine libanesische Familie für eine Zwangsheirat. Nasser kann fliehen. Nun verhandelte ein Gericht den Fall – mit überraschendem Ausgang.

Hintergrund / Kontext:

Nasser, ein schwuler junger Libanese aus Berlin, reichte Klage gegen seine Familie ein, weil diese versucht hatte, ihn für eine Zwangsheirat zu entführen. Seine sexuelle Orientierung war Grund für seine Familie, ihn zu bedrohen und zu misshandeln. Zeitungen berichteten auch noch nach dem Gerichtsurteil über Nasser. Nassers Familienmitglieder, die für die Entführung und Bedrohung verantwortlich waren, wurden vom Berliner Gericht zu 90 Tagessätzen à 15 Euro verurteilt. Auch diese Geschichte verursachte einen medialen Aufschrei und eine entsprechende Debatte in Deutschland, führte aber auch zu massiven Drohungen und Beschimpfungen auf Nachrichtenseiten sowie auf Nassers Facebook-Seite.

IV) Tuğçe A.

„Die Zeit“: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/tugce-a-offenbach-justiz> / 03. Februar 2015 - Staatsanwaltschaft erhebt Anklage. Im Fall der Studentin Tuğçe A. soll sich ein 18-Jähriger wegen Körperverletzung mit Todesfolge verantworten. Er soll die junge Frau niedergeschlagen haben.

Hintergrund / Kontext:

Tuğçe A. intervenierte in einer Auseinandersetzung zwischen mehreren jungen Männern und Frauen, bei der die letzteren mutmaßlich von den ersteren bedroht worden waren. Sie erhielt einen Schlag, der sie zu Boden gehen ließ, und wurde ernsthaft durch das daraus resultierende Schädeltrauma verletzt. Lebenserhaltende Maßnahmen wurden einige Tage später beendet. Tuğçe A. war eine deutsche Staatsbürgerin mit türkischen Wurzeln, die in Deutschland geboren war; der Tatverdächtige ist mutmaßlich entweder serbischer oder bosnischer Abstammung; es ist ungeklärt, ob er in Deutschland oder in der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien geboren wurde.

V) Charlie Hebdo

A) Charlie Hebdo und der Karnevalswagen

„Die Frankfurter Allgemeine“: <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/koeln-karneval-stoppt-charlie-hebdo-motivwagen-13396890.html> / 29. Januar 2015 - Karneval stoppt „Charlie Hebdo“-Motivwagen. Der Kölner Karneval verzichtet auf einen Rosenmontags-Wagen, der den Anschlag auf das französische Magazin „Charlie Hebdo“ satirisch aufgreifen sollte.

Hintergrund / Kontext:

Zur deutschen Karnevalstradition gehört es, das die Karnevalswagen kontroverse Themen der vergangenen Jahre satirisch darstellen. In diesem Jahr sollte ein Wagen einen Karikaturisten abbilden, der einen Stift in die Gewehrmündung eines Dschihadisten steckt. Als dieser Wagen von der Parade zurückgezogen wurde, entstand eine deutschlandweite Debatte.

B) Charlie Hebdo und Pegida

1) „Die ZEIT“: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/frankreich-charlie-hebdo-karikaturen-pegida-paris-dresden#cid-4309207>, 12. Januar 2015 - Französische Karikaturisten wehren sich gegen Pegida. „Pegida verschwinde“: Mit Zeichnungen und einem Flugblatt wenden sich französische Karikaturisten gegen die Vereinnahmung der Pariser Attentate durch die Organisation.

2) „taz. die tageszeitung“: <http://www.taz.de/!152463/>, 08. Januar 2015 - Jede Menge falsche Freunde. Die Pegidas dieser Welt haben kein Recht, die ermordeten Satiriker zu instrumentalisieren. Und wer die Tat mit „Aber“ verurteilt, rechtfertigt sie.

Hintergrund / Kontext:

Die anti-islamische Bewegung Pegida (Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlands) versuchte, von den Pariser Attentaten zu profitieren, indem sie ihre Protestierenden aufgeforderte, bei der nächsten Demonstration schwarze Bänder zu tragen. Die Bewegung wird beschuldigt, die tragischen Ereignisse für ihren eigenen Vorteil auszunutzen.

b) Fallstudien im Detail

1) Kommentar von Anja Reschke

Online-Zeitung (Name und Link):

„Tagesschau-Blog“: <http://blog.tagesschau.de/2015/01/29/antisemitische-reaktionen-auf-tagesthemen-kommentar/> (inklusive des Originalvideos, das die Diskussion ausgelöst hat)

Datum der Veröffentlichung: 29. Januar 2015

Datum der Sichtung: 03. März 2015

Überschrift und Unterzeile des Artikels:

Antisemitische Reaktionen auf Tagesthemen-Kommentar

Anzahl des Teilens auf Facebook: 55.092-mal geteilt auf Facebook

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder anderen sozialen Netzwerken):

34-mal geteilt über den Twitter-Account des ARD-blogs, https://twitter.com/tagesschau_blog/status/560851304163966977, und 61 Retweets über den Twitter-Account der ARD-Press, https://twitter.com/ARD_Presse/status/560473229715070976

Anzahl der Likes: 80.405 Likes auf Facebook

Anzahl der Kommentare: 7.127 Kommentare auf Facebook, 47 Kommentare im ARD.blog

Hintergrund / Kontext:

Nach dem Bericht über den Film „Night will Fall“, eine Dokumentation über die Kameramänner, die die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gefilmt hatten, nutzte die deutsche Redakteurin Anja Reschke das Format eines Kommentars, um ihre Enttäuschung über die weitverbreitete Meinung vieler Menschen zu äußern, dass es an der Zeit sei, die Vergangenheit zu vergessen und sie hinter sich zu lassen. Dies verursachte eine deutschlandweite Diskussion über die Verantwortung der jüngeren Generation, des Geschehenen zu gedenken, und warf die Frage auf, ob dieser Teil der Geschichte ein Teil der deutschen „Identität“ ist und bleibt.

Erläuterung:

Der genannte Artikel generierte lediglich 47 Kommentare, da es sich bei ihm eine Art Zusammenfassung der Reaktionen handelt, die durch den Original-Videokommentar von Anja Reschke und die damit verbundenen Artikel ausgelöst wurden. Diese Beiträge und Artikel wurden im Fernsehen gesendet und über YouTube, Twitter, den ARD-Blog etc. verbreitet. Die folgende Analyse befasst sich mit beispielhaften Kommentaren, die sich auf das bezogen, was in all diesen Formaten und Kanälen veröffentlicht wurde.

Anmerkung:

Die schiere Menge an Kommentaren machte eine quantitative Analyse unmöglich. Deshalb haben die folgenden Anmerkungen das Ziel, einen generellen Eindruck der beiden dominanten Haltungen der Kommentatoren zu liefern, wobei der Fokus auf den Facebook-Posts liegt.

Einführung:

In den vergangenen Jahrzehnten gab es in der deutschen Öffentlichkeit eine fortgesetzte Diskussion darüber, ob das Gedenken an Auschwitz als Symbol für Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine Kollektivverantwortung für alle Deutschen darstellt, einschließlich der Generationen, die während des Dritten Reichs noch nicht auf der Welt waren. Dies ist ein Thema, das regelmäßig zu vehementem Disput zwischen zwei Hauptgruppierungen führt; die eine ist der Meinung, dass die Ungeheuerlichkeit dessen, was passiert ist, zu groß ist, als dass man dieses hinter sich lassen könnte, und führt aus, dass, obwohl kein Mensch alle heute lebenden Deutschen für schuldig am damals Geschehenen hält, es dennoch in der Verantwortung aller Deutschen liege, die Erinnerung lebendig zu halten. Die andere Fraktion plädiert auf unschuldig in Bezug auf das, was vorige Generationen auf sich geladen hätten, und verlangt, „mit der Vergangenheit in Ruhe gelassen zu werden“ und alles hinter sich lassen zu dürfen.

Analyse der Facebook-Kommentare:

Während eine nicht geringe Zahl an Kommentatoren (eine quantitative Untersuchung war nicht möglich, siehe oben) die Autorin / Sprecherin (Anja Reschke) zu ihrem Original-Kommentar beglückwünschte (so beispielsweise im Eröffnungskommentar), bestand die Mehrheit der Posts (dies ist eine subjektive Annahme, nachdem rund 800 der mehr als 7.000 Kommentare auf Facebook gesichtet wurden) aus Variationen eher negativer Reaktionen. Diese reichten von Kommentaren, die die Notwendigkeit von Gedenken anerkannten, aber persönliche Schuld zurückwiesen bis zu heftiger Ablehnung, an irgendetwas erinnert zu werden, das sich auf das Dritte Reich bezieht. Aus den Kommentaren ließ sich schließen, dass hauptsächlich junge oder jüngere Menschen bereit waren, die Erinnerung wach zu halten; dass diese aber auch verlangten, wegen ihres geringen Alters von allen

Schulduzuweisungen freigesprochen zu werden. Einige von ihnen (offenkundig auch ältere Menschen einbegriffen) verwiesen auf die „Gräueltaten“ anderer Länder, um zu erklären, dass, während Deutschlands Verbrechen immer noch hassenswert seien, andere „vergleichbarer“ Taten schuldig seien. Weitere Kommentatoren verfahren so auf offenkundige Weise, um Deutschlands Verbrechen zu verwässern, in dem sie Opferzahlen, die angeblich von Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, Portugal und vielen anderen zu verantworten waren, auflisteten. Diese Zahlen waren in ihrer Mehrheit entweder von Anfang an falsch oder bezogen sich auf einen sehr langen geschichtlichen Zeitraum. Manche Kommentatoren verwechselten in diesem Kontext ganze ethnische Gruppen, ein Kommentar beispielsweise beschuldigte die Türken, die Aramäer (statt die Armenier) massakriert zu haben.

Eine große Zahl an Kommentaren beklagte Deutschlands Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg und verwendete Bezeichnungen und Ausdrücke wie: „Müssen wir immer noch auf den Knien liegen“ oder „versklavt“, „gedemütigt“, „erniedrigt“, „denunziert“, „gehetzt“ oder „diskriminiert“. Viele ähnliche Kommentare, die auf den ersten Blick harmloser erschienen (etwa zugeben, dass es „ein schreckliches Geschehen“ war) enden mit Phrasen wie „das war vor 70 Jahren“, „Ich kann es einfach nicht mehr hören“ oder „Ich will einfach nichts mehr von Auschwitz hören – genug ist genug“. Eine nennenswerte Zahl dieser Kommentatoren scheint aus der Forderung nach Gedenken eine persönliche Anschuldigung abzuleiten. Einige ihrer Reaktionen sind harsch und beleidigen die Originalverfasserin (Anja Reschke), den Sender (ARD), Politiker oder die Presse im Allgemeinen.

Einige dieser Mitwirkenden beschuldigten die Presse, die Pegida-Bewegung herabzusetzen. Diese ist eine verhältnismäßig neue soziale Bewegung mit undemokratischen und fremdenfeindlichen Elementen. Pegida steht für *Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlands*. Die Bewegung ist für ihre Organisation sogenannter „Spaziergänge“ von Bürgern bekannt, die behaupten, über Themen wie vermeintlich wachsende Zahlen an Immigranten, Asylbewerbern und Flüchtlingen beunruhigt zu sein, genauso wie über angeblich zunehmende Versuche von Muslimen, Deutschlands Gesellschaft, Traditionen, Werte zu beeinflussen, sowie über europäische Politik, die sie als feindlich definieren.

Es ist bekannt, dass Pegida rechtsextreme Aktivisten in ihren Reihen duldet und in der Weigerung vereint ist, mit der Presse, die sie als „Lügenpresse“ diffamiert, zu kommunizieren. Eine Reihe von Kommentatoren leugnete eine explizite Sympathie mit oder Mitgliedschaft in Pegida, fuhr in ihren Statements jedoch mit Variationen von „aber“-Formulierungen fort. Einige Kommentare wurden offensichtlich von Moderatoren gelöscht; andere

Kommentare beziehen sich unmittelbar auf diese und beleuchten, wie bemerkenswert feindselig die ursprünglichen Aussagen gewesen sein müssen. Ein Kommentator muss dementsprechend einen Post veröffentlicht haben, der behauptete, wenn Hitler und seine „Schaben“ (so der auf den Originalkommentar bezugnehmende Post) den Krieg gewonnen hätten, „müssten wir nicht jetzt nicht dafür zahlen, und es gäbe keinen Konflikt in Gaza“. Zwei Posts betonten, dass Hitler Österreicher und kein Deutscher war.

Mehrere Kommentatoren brachten das Thema der feindseligen „Ausländer“, besonders Muslime, in die Diskussion ein, und behaupteten, dass diese integrationsunwillig seien. Sie leiteten daraus das Recht ab, ihre eigene Kultur u. ä. gegen vermeintliche Versuche der Veränderung, Unterwanderung oder des Umsturzes der deutschen Gesellschaft / Identität zu verteidigen. Der erste Post, der hier zitiert wird, wurde anscheinend von einer Frau veröffentlicht, die sich selbst „Ausländerin“ nennt, und besagte: „JEDER der in dieses Land kommt und meint seine Gesetze mit Füßen treten zu können, UNS, die ehrlich und hart arbeiten- egal ob jetzt deutsch oder nicht!!!- auszubeuten, sich kriminell zu benehmen gehört abgeschoben! Basta!! Und das hat verdammt nochmal nichts aber auch rein gar nichts mit dem Schicksal der Juden zu tun!“ Andere verteidigten das „Recht“, gegen „kriminelle Ausländer oder Flüchtlinge“ sprechen zu können. Ein Kommentator antwortete auf einen Post: „Ich wünsche mir für dich, dass es sich so entwickelt wie die Masse in Deutschland es erwartet. Islamisierung, irgendwann ein überhöhter Anteil an Muslimen, dann keine Forderungen mehr durch den Zentralrat der Muslime sondern Beschlüsse und dann die Scharia. Wenn du dann bis dahin nicht konvertiert bist, verlierst du halt deinen Kopf Aber Spaß beiseite, wobei dies nicht nur Spaß ist sondern Realität werden wird, ich habe Angst vor dieser Entwicklung!“

Ein weitere Beitragende behauptete, ihrem Sohn sei es angeblich nicht länger gestattet, einen Schinkenbrot mit zur Schule zu bringen, aus Rücksicht muslimischen Mitschülern gegenüber, da Schinken Schwein sei. Sie steigerte sich offenkundig in eine Wut hinein und schloss mit: „Vor ein Paar Tagen hab ich gehört ‚Die Musllime gehören zu Deutschland‘ DAS IST EINE LÜGE!!! seitdem wir uns als Deutsche verstehen sind wir Christen - davor waren wir Heiden. Wenn z.B ein Türke seine Heimat verlässt - warum auch immer - dann soll er sich ein Land suchen das muslimisch ist, wenn er ein Problem damit hat das mein Sohn auf seinem Brötchen Schinkenwurst hat!“

Ein anderer sagte, dass er sich an die Traditionen und Werte eines anderen Landes anpassen müsse, wenn er dahin reise, so dass er das Gleiche von jedem erwarte, der nach Deutschland komme. Er bezog sich auf eine

aktuelle Diskussion in einigen Kindergärten und -tagesstätten darüber, ob bestimmte Traditionen umbenannt werden sollten (Winterfest statt Weihnachten) im Angesicht steigender Zahlen an nichtchristlichen Kindern. Er sagte, der christliche Glaube werde durch solche Diskussionen mit Füßen getreten, und fuhr fort: „Und ja ich bin der Meinung das extrem kriminelle Ausländer wieder in ihre Heimat sollen, denn dort werden sie für solche Taten auch bestraft und viel härter als in Deutschland.“

Ein weiterer Kommentator stimmte zu: „...und so verrückt ich euren Glauben auch finde, lebt doch hier und glaubt das, wenn ihr es halt nicht besser wisst. Passt euch aber gefälligst an in UNSEREM Land. Und wenn schon das Wort Islam den Gedanken an Terror, Frauenunterdrückung, Burkas und die Abschaffung von Weihnachtsmärkten, St. Martin usw. hervorruft, dann muss sich doch bitte keiner wundern, dass ein paar Menschen den Mut aufbringen, sich dagegen zu wehren, weil sie die Freiheit und Kultur unseres Landes beibehalten wollen.“ Ein Kommentator reagierte auf eine Diskussion zwischen zwei anderen und wendete sich an einen davon: „...aber was ich sehe ist ein Muslimischer Mitbürger der sofort umsichschießt(lol) sobald jemand was gegen seinesgleichen sagt. easy man nich alle muslims sind gleich DU bist ja kein terrorist die andern sinds.“

Ein recht befremdlicher Kommentar beinhaltete die Frage, wo der Sender (ARD) gewesen sei, als die Nazis in der Ukraine an Macht gekommen seien, wo der Präsident Jude sei und die israelische Staatsbürgerschaft habe. Ein anderer Kommentar ohne jeglichen Bezug auf das eigentliche Thema verwies auf sinkende Renten in Deutschland (im Zusammenhang mit finanzieller Hilfe für Flüchtlinge).

Ein weiteres Thema, das intensiv diskutiert wurde, drehte sich um Juden und Israel. Einige sprachen von „permanenten Amerikanischen und Israelischen Agressionen, die es sogar heute noch massenhaft gibt“, sie sagten, „Israel schämt sich doch auch nicht für das was die mit Palästina machen oder??“, sie fragten „Habt Ihr auch Mitgefühl mit den Menschen aus Palästina?“, oder behaupteten, die „armen juden sind umgekommen....die die fordern sind die reichen welche sich nach usa absetzen konnten“.

Ein Kommentator sagte: „Fragt mich einer nach dem was heute passiert, was in anderen Ländern vorgeht, was zum Beispiel Israel, ein Staat den es seit 1949 gibt, mit seinen Nachbarn anstellt und wir zahlen den ganzen Mist und halten die Fresse! Ihr Weicheier, werdet erwachsen und seht der Realität ins Auge.“ Wiederum ein anderer Post liest sich folgendermaßen: „Dann soll sie sich mal die ca. 5000 Toten in den unberechtigten Angriff der Israelis gegen Palästina letztes Jahr anschauen - Kinder mit abgerissenen Gliedmaßen, Torsos von Müttern usw.! Und was machen unsere Medien -

sie relativieren diese Morde, weil wir ja nach 70 Jahren noch alles dulden müssen, was sich dort in Israel abspielt! Und diese Toten sind 'nur' die Spitze des Eisberg!" Derselbe Kommentator behauptete, er habe in einem Video gesehen, wie israelische Scharfschützen palästinensische Jugendliche erschießen und lachen, wenn sie einen von ihnen getötet haben.

Ein Kommentator wies darauf hin, dass Israel am Mord an „Millionen an Menschen“ in muslimischen Ländern beteiligt sei. Ein weiterer sagte, dass der Holocaust von jüdischen Bankiers finanziert wurde, „zionisten die heute noch zu der finanzelite gehöhen“, und behauptete, dass er selbst entsprechende Dokumente in der Gedenkstätte Yad Vashem gesehen habe. Ein weiterer sagte schlicht: „Und was ist mit Gaza? Aber die Juden dürfen die Palästinenser abschlachten und vom eigenen Land vertreiben oder was?“ Einer fragte: „Aber wie wollen Sie der Jugend von heute z.B. erklären, warum Deutschland auch heute noch Entschädigungszahlungen an Israel leistet, das (welche Ironie) dieses Geld in seine Rüstung im Krieg gegen die Palästinenser investiert?“ Ein weiterer Post lautete: „Hat ein Zionist euch gezwungen, das in der ARD zu sagen?“ und bezog sich auf die Ausstrahlung des Originalkommentars im Fernsehen. Eine Reihe weiterer Personen sagte, dass Israel von dem, was „ihm“ angetan worden sei, hätte lernen müssen, und dass das Land stattdessen immer noch an „Massenvernichtungen“ beteiligt sei.

Zusammenfassung / Schlussfolgerung:

Die oben zusammengefassten Kommentare müssen als die drastischeren Beiträge in der langen Liste der Reaktionen auf den Originalkommentar beurteilt werden. Die vollständige Liste besteht auch aus Reaktionen, die als beglückwünschend oder dankbar einzuschätzen sind, und die die Notwendigkeit hervorheben, sowohl die Erinnerung als auch die Diskussion lebendig zu halten. Weitere Kommentatoren versuchten wiederholt, eine objektivere, versöhnlichere oder ausgleichende Ebene zur Diskussion hinzuzufügen.

Nichtsdestoweniger kam die vehementeste Art von Reaktion, die die Liste aller Kommentare auch dominierte, von Menschen, die hitzig verlangten, die Diskussion und das Gedenken zu beenden, die sich weigerten, sich verantwortlich zu fühlen sowohl für das, was vor 70 Jahren geschah, als auch für ihre Haltung als Deutsche heute, die leugneten, dass die deutsche Vergangenheit irgendeinen Einfluss auf ihre Identität als Deutsche der zweiten oder dritten Generation danach habe, und die es generell ablehnten, sich für irgendetwas rechtfertigen zu müssen, was mit dem Dritten Reich zu tun hatte.

Obwohl einige der Beitragenden darauf verwiesen, dass sie sich zwar nicht verantwortlich für oder gar schuldig an vergangenen Verbrechen fühlten, dennoch aber anerkennen, dass Erinnerung bewahrt werden muss, verletzte eine unerwartet hohe Zahl an Kommentatoren alle allgemeingültigen Regeln einer auch nur im entferntesten zivilisiert verlaufenden Diskussion: Sie griffen sowohl einander als auch die Verfasserin des ursprünglichen Beitrags an, sie äußerten jedes nur vorstellbare Vorteil, sie beleidigten politische Gegner genau wie Angehörige von Minderheiten. Der generelle Eindruck nach der Sichtung von 800 Kommentaren ist, dass die Mehrheit der Beitragenden alle Belange, die sich auf Stichwörter wie den Holocaust, das Dritten Reich, Nazi-Deutschland beziehen und dann verbunden werden mit Gedenken, Schuld, Identität, Verantwortung als Deutscher, als höchst kontrovers betrachten, was dazu führt, dass sie hoch emotional und oft sehr aggressiv reagieren.

Es gab ein gewisses Maß an Intervention seitens der Redaktion. In dem einen gesichteten Post hieß es „ARD: Liebe User, bitte haltet euch an die Netiquette. Wir dulden bei ARD.de grundsätzlich weder rassistische, sexistische, antisemitische, hetzende noch beleidigende Kommentare. Wir bemühen uns, solche Beiträge schnell zu löschen und sind dankbar über Hinweise, falls wir bei der Fülle der Wortmeldungen etwas übersehen haben: <http://x.ard.de/s/kontaktformular> / 16 • 30. Januar um 05:33 • Bearbeitet“

Nichtsdestoweniger müssen einige Kommentare gelöscht worden sein, wie aus der Reaktion einiger Kommentatoren geschlossen werden konnte, die sich auf nicht mehr in der Liste auffindbare Beiträge bezogen.

II) Sila Şahin

Online-Zeitung (Name und Link):

Focus Online

http://www.focus.de/kultur/vermishtes/sila-sahin-das-sagt-sie-zum-kopftuch-shitstorm_id_4510733.html

<https://www.facebook.com/FOCUSOnlineKultur/posts/737049073070725>

Datum der Veröffentlichung:

01.03.2015 (Facebook) / 02.03.2015 (focus.de)

Datum der Sichtung: 16.03.2015 / 02.04.2015

Überschrift und Unterzeile des Artikels:

Sila Şahin: Das sagt sie zum Kopftuch Shitstorm.

Schauspielerinnen Sila Şahin erlebt derzeit heftigen Gegenwind. Auf einem Fo-

to, das sie auf Instagram postete, ist sie mit Kopftuch zu sehen. Jetzt äußerte sich der ehemalige „GZSZ“-Star über den begleitenden Shitstorm.

Anzahl des Teilens auf Facebook: 2.000

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder anderen sozialen Netzwerken):

Anzahl der Likes: 112 Likes auf Facebook

<https://www.facebook.com/FOCUSOnlineKultur/posts/737049073070725>

dreimal geteilt

Anzahl der Kommentare: 309 Kommentare auf Instagram

<https://instagram.com/p/zj4cnaOq73/?modal=true>

22 Kommentare auf der Focus Online-Seite

226 Kommentare auf Facebook: 96 Kommentare und 130 Antworten

Analyse und Hintergrund

Sıla Şahin ist eine 29-jährige Schauspielerinnen mit türkischen Wurzeln. Sie ist für ihre Rolle in einer deutschen Fernseh-Soap bekannt sowie für kleinere Rollen in TV-Produktionen. Im Mai 2011 war sie das erste türkisch-deutsche Model, das auf dem Cover der deutschen Ausgabe des „Playboy“-Magazins zu sehen war. Am 26. Februar 2015 war sie bei Dreharbeiten der Fernsehserie „Lindenstraße“, in der sie die Rolle einer Muslima spielt. Während einer Drehpause postete sie ein Foto auf Instagram, auf dem sie ein Kopftuch trug, mit den Hashtags „#Lindenstrasse #set #Dreh #Kopftuch mal was Neues #fun #happy“. Nach dem Posten dieses Fotos folgte eine intensive Debatte und mehr als hundert Kommentare wurden auf Instagram veröffentlicht. Da Instagram-Accounts von den Inhabern der Accounts überwacht und verwaltet werden müssen, gab es wenig bis gar keine Einflussnahme auf die Kommentare und den damit verbundenen Hate Speech.

Neben einigen positiven Antworten ihrer Fans („steht dir gut“, „perfekt“, „schön“) und einigen vermittelnden, ausgleichenden Anmerkungen („Sie hat das Foto nur für ihre neue Rolle hoch gestellt“), konnte erhebliches negatives Feedback beobachtet werden: herabwürdigende Vorurteile gegen sogenanntes „islamisches Leben“ („Wirst du auch zwangsverheiratet?“) oder stark negative Antworten, die sich auf die Diskrepanz zwischen ihrem Auftritt in den Medien (besonders im Hinblick auf die Nacktfotos im Playboy-Magazin) und dem religiösen Leben einer Muslima bezogen („Du bitch schäm dich mal erst Playboy und dann Kopftuch Trägerin“).

Darüber hinaus gab es auch vermittelnde Kommentare, die erkennbar von Muslimen veröffentlicht wurden, die empfahlen, ruhig zu bleiben und aufzuhören, sie anzuklagen und zu verurteilen. Kurz nach der Veröffentlichung begann ein kontinuierlicher Shitstorm auch auf der Facebook-Seite von Sıla Şahin. Das gleiche Foto, das ursprünglich auf Instagram veröffentlicht wurde, und die verlinkten Kommentare wurden kurz darauf von ihr gelöscht.

Später wurde Şahin in einem Interview mit einer Zeitung zitiert: „Ich hatte ein Foto von mir mit Kopftuch gepostet und danach war die Hölle los.“ Sie sagte, dass sie beschimpft wurde und viele Kommentare in „übelster Fäkalsprache“ geschrieben worden seien. Darüber hinaus kritisierte die Schauspielerin auch das Internet, „weil man sich darin ‚anonym und auch teilweise aggressiv oder beleidigend auslassen‘ könne“. Stellungnahmen zu dem Shitstorm und Teile des Interviews sind in mehreren Zeitungen und Lifestyle-Magazinen zu finden (FOCUS, BILD, STERN, GALA, INTOUCH, etc.).

Im Folgenden werden die Kommentare auf den FOCUS-Artikel gründlicher analysiert. Im Unterschied zu dem nicht-moderierten Instagram-Account werden die Leserkommentare durch ein Redaktionsteam der FOCUS-Website überwacht. Die Netiquette der FOCUS-Website besagt:

„Im Interesse aller User behält sich die Redaktion vor, Beiträge zu prüfen und gegebenenfalls zu editieren oder abzulehnen.[...] Kommentare/Leserberichte werden gelöscht, wenn sie andere etwa wegen ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Sprache, ihrer Abstammung, ihrer religiösen Zugehörigkeit oder ihrer Weltanschauung diskriminieren.[...] Demagogische, sexistische oder rassistische Äußerungen führen zur sofortigen Löschung des Kommentars/Leserberichts und zur umgehenden Sperrung des Accounts.“

[http://www.focus.de/community/netiquette/netiquette_aid_20898.html]

Bis April 2015 waren 21 Kommentare von Lesern des Artikels veröffentlicht und wurden vom Redaktionsteam des FOCUS bearbeitet; danach scheint es zu keinen weiteren Bearbeitungen von Kommentaren gekommen zu sein. Kommentatoren des Artikels mussten sich registrieren und schienen ihren tatsächlichen Namen zu verwenden. Die folgenden Beispiele demonstrieren die aggressive Stimmung [http://www.focus.de/kultur/vermischtes/sila-sahin-das-sagt-sie-zum-kopftuch-shitstorm_id_4510733.html]:

On 02.03.2015 schrieb ein User:

„... ein Kopftuch sehe ich mittlerweile als Kriegserklärung...“.

Eine Userin antwortete:

„Kriegserklärung ist das richtige Wort für Frau Sahin´s Verhalten. Auch wenn sich viele noch so anstrengen, diese Leute weden es nicht schaffen, den Islam schön zu reden.“

Auf der offiziellen Fanpage des FOCUS auf Facebook wurde die Debatte mit zahlreicheren Einträgen und weniger Steuerung seitens Moderatoren als auf der FOCUS-Website weitergeführt. Eine größere Zahl an Beleidigungen und verbaler Bedrohung ist unter den Hunderten an Facebook-Kommentaren zu finden. Die folgenden Beispiel-Statements und darauf erfolgenden Antworten illustrieren die Ver-

wendung von Hate Speech in diesem Zusammenhang. Nachdem ein herabwürdigender Kommentar veröffentlicht worden war, der den Islam generell verächtlich machte, wurden sechs Antworten gepostet, die direkt zu persönlichen Beschimpfungen übergingen:

Am 01.03.2015 um 22:22 schrieb ein User:

„Typisch das FOCUS Hetzblatt. Warum gibt man denen immer wieder eine Plattform. 95 % haben begriffen daß es im Islam kein Multi - Kulti gibt sondern nur Gewalt.“

Ein anderer antwortete: *„Islamhetzer“*.

Der erste User schrieb darauf: *„aha, noch so ein Gewalttäter den niemand braucht !“*

Eine weitere Userin antwortete: *„Arschloch.gehe zu Deine Mutter schlafen“*

Ein anderer schrieb: *„[Name des ersten Users] du tust mir leid so unwissend und so primitiv zu denken aber okey man sollte dir dein harz 4 wegnehmen peace out kleiner hans.“*

Dessen Antwort war: *„sauber; die [Name einer Userin] lässt die Kultur wieder spielen. Hatte ich oben vergessen zu erwähnen; eure Kultur, wie wir gerade lesen wie immer beleidigend. Aber das passt zum Gesicht !“*

Und er endete mit: *„ja [Name eines Users], lerne du erst mal aufrecht laufen und allein auf´s Töpfchen gehen, bevor du dich mit Erwachsenen anlegst. Vielleicht kommt der Tag da du deine Handyrechnung vom selbst erarbeiteten Geld bezahlst, solange liegst du wohl der Allgem. auf der Tasche, du Wicht !“*

Im folgenden Kommentar wurde absichtlich falsch geschriebene Sprache verwendet, um einen Nichtmuttersprachler türkischer Herkunft zu beleidigen, der daraufhin seinerseits im gleichen rhetorischen Stil mit einer Diffamierung antwortet:

Am 02.03.2015 um 09:20 schrieb ein User *„warum du nix gehen dürgei ?? aber stanbull nixe wolle sehe fiele sleier und gopfe tuch :-))“*

Ein anderer antwortete: *„Warum du ficken nicht deine mutter in arsch“*

Und eine Userin antwortete dem ersten: *„Warum lernst Du nicht mal richtig Deutsch, [Name des Users]?????“*

In der letzten Antwort des obengenannten Beispiels ignorierte die Benutzerin anscheinend bewusst die Intention des Benutzers, der absichtlich deutsche Wörter falsch buchstabiert, um Sprache als Instrument der Demütigung zu benutzen.

Weitere Artikel zum Thema:

- ABENDZEITUNG MÜNCHEN - <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.fuer-lindenstrasse-rolle-sila-sahin-das-sagt-sie-zum-kopftuch-shitstorm.8d2ee2ab-ac18-420a-891e-b118cc87943e.html>

- AUGSBURGER ALLGEMEINE - <http://www.augsburger-allgemeine.de/panorama/Playboy-Fotos-und-Kopftuch-Sila-Sahin-im-Shitstorm-id33226452.html>
- BILD – <http://www.bild.de/bild-plus/unterhaltung/leute/sila-sahin/internet-hass-wegen-kopftuch-foto-39970070>
- EXPRESS - <http://www.express.de/promi-show/ex-gzsz-star-sila-sahin--erst-nackt-im-playboy--jetzt-mit-kopftuch-in-der-lindenstrasse.2186,29986184.html>
- GALA - http://www.gala.de/stars/news/sila-sahin-ihre-antwort-auf-den-kopftuch-shitstorm_1220044.html
- HUFFINGTON POST - http://www.huffingtonpost.de/2015/03/02/sila-sahin-kopftuch-shitstorm_n_6783212.html
- INTOUCH - <http://intouch.wunderweib.de/stars/starnews/artikel-3492715-starnews/Sila-Sahin-traegt-jetzt-Kopftuch.html>
- OK MAGAZIN - <http://www.ok-magazin.de/krasse-typ-veraenderung-sila-sahin-traegt-jetzt-kopftuch-32269.html>
- STERN – <http://www.stern.de/lifestyle/leute/sila-sahin-ex-gzsz-star-wegen-kopftuch-foto-im-shitstorm-2176984.html> (fünfmal geteilt auf Twitter, 766 Empfehlungen auf Facebook)
- TZ MÜNCHEN - <http://www.tz.de/stars/sila-sahin-shitstorm-wegen-bild-kopftuch-4782073.html>

Zusammengefasst lassen sich verschiedene Beobachtungen im Kontext der „Sila Şahin“-Fallstudie machen:

- Wie die chronologische Verbreitung der Onlinekommunikation erkennen lässt, kann als Ausgangspunkt des „Hate Speech“ bzw. des Shitstorms die Veröffentlichung eines einzigen Fotos auf einer Social-Media-Plattform identifiziert werden. Von da aus verbreitete sich die Onlinekommunikation auf anderen Plattformen, besonders auf Facebook. Das Interview mit Sila Şahin brachte herkömmliche und etablierte Nachrichten-Medien dazu, über den Shitstorm zu berichten, was wiederum weitere Aufmerksamkeit und Kommentare in den Social-Media-Kanälen der entsprechenden Medien erzeugte.
- Shitstorms und Hate Speech sind Themen für die Medien, besonders wenn sich diese auf Prominente beziehen. Aber sogar eine generelle Debatte über die Zunahme von Hate Speech kann in den Medien beobachtet werden (z. B. öffentliche Lesungen von Hate Speech von Journalisten, sogenannte „Hate-Speech Poetry“ oder Dokumentarformate zum Thema).
- Die heftigen Reaktionen von Deutschen wie auch von (türkischen und anderen) Muslimen sollte auch im Hinblick auf vorhergegangene Medienberichterstattung über Sila Şahin interpretiert werden. Zwei symbolträchtige Medienereignisse, die bereits vorher veröffentlichten Nacktfotos im Playboy-Magazin und das aktuelle Kopftuch-Foto, bieten eine Projektionsfläche für heterogene kulturelle Vorurteile und Befangenheiten.

- Form und Inhalt der Kommentare auf der moderierten und editierten Nachrichtenseite und die begleitenden Social-Media-Seiten (Facebook) unterscheiden sich substantiell. Nutzer neigen dazu, sich gegenseitig in weniger oder gar nicht moderierten sozialen Netzwerken intensiver zu belästigen und zu beleidigen.
- Anhand dieser Beispiele können verschiedene Abfolgen und Muster unterschieden werden: Nutzer, die andere Nutzer in Form von Beleidigungen direkt adressieren, etwa aus dem sexuellen Bereich; oder Nutzer, die Sprache missbrauchen, in dem sie soziolinguistische Vorurteile verbreiten. Trotz des spezifischen und relevanten Kontexts – eine Schauspielerin mit türkischen Wurzeln trägt ein Kopftuch – erhält die Diskussion eine ganz eigene Bedeutung und die Kommentare enthalten oft diskriminierende und verallgemeinernde Vorurteile.

III) Nasser

Online-Zeitung (Name und Link):

1. „Die Berliner Zeitung (BZ)“: <http://www.berliner-zeitung.de>

Article: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/klage-vor-gericht-in-berlin-ein-schwuler-sohn-wehrt-sich-gegen-zwangsheirat,10809148,29969838.html>

Facebook-Post: <https://www.facebook.com/BLZonline?fref=ts>

2. „Die Welt“: <http://www.welt.de>

Artikel: <http://www.welt.de/vermischtes/article138350318/Muslim-schwul-der-Zwangsehe-knapp-entkommen.html>

Facebook-Post: <https://www.facebook.com/welt?fref=ts>

Datum der Veröffentlichung:

BZ – 25. Feb. 2015

Die Welt – 16. März 2015

Datum der Sichtung:

BZ, Facebook – 14. März 2015

Die Welt – 20. März 2015

Überschrift und Unterzeile des Artikels:

1. Ein schwuler Sohn wehrt sich gegen Zwangsheirat. Klage vor Gericht in Berlin (BZ)

2. Muslim, schwul, der Zwangsehe knapp entkommen. Mit 15 outet sich Nasser als schwul. Dann entführte ihn seine libanesische Familie für eine Zwangsheirat. Nasser kann fliehen. Nun verhandelte ein Gericht den Fall – mit überraschendem Ausgang. (Welt)

Anzahl des Teilens auf Facebook:

7.923 Facebook-Empfehlungen auf der BZ-Website

225-mal geteilt (BZ-Facebook-Post)

128-mal geteilt (Welt-Facebook-Post)

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder in anderen sozialen Netzwerken):

89-mal geteilt (BZ)

9-mal geteilt (Welt)

Anzahl der Likes:

1487 Likes auf Facebook (BZ)

708 Likes auf Facebook (Welt)

Anzahl der Kommentare:

535 Kommentare (Facebook-Post, BZ)

141 Kommentare (Facebook-Post, Welt)

29 Kommentare (Welt-Website)

Hintergrund / Kontext:

Nasser, ein schwuler junger Libanese aus Berlin, reichte eine Klage gegen seine Familie ein, die versucht hatte, ihn zu entführen und in eine arrangierte Ehe zu zwingen. Seine sexuelle Orientierung veranlasste seine religiöse Familie dazu, ihn zu bedrohen und zu misshandeln. Die Medienberichterstattung befasste sich auch nach der Urteilsverkündung mit dem Fall von Nasser. Die Mitglieder seiner Familie, die für seine Entführung und Bedrohung verantwortlich waren, wurden vom Berliner Gericht zu 90 Tagessätzen (à 15 €) verurteilt. Die Geschichte löste in Deutschland einen medialen Aufschrei und eine Debatte aus, führte aber auch zu erheblichen Bedrohungen auf Nachrichtenseiten wie auch auf Nassers persönlicher Facebook-Seite.

ANALYSE

Im Folgenden rekonstruiert die Analyse die Kommentare in der Medienberichterstattung auf drei Ebenen:

- Die Berliner Zeitung veröffentlicht den ersten Artikel über den Fall Nasser, was gleichzeitig der Anfangspunkt der allgemeinen Berichterstattung war. Verschiedene deutsche Zeitungen setzten die Berichterstattung über das Gerichtsverfahren fort, und Nassers Fall wurde weit über Berlin hinaus bekannt. Auf der Website der Berliner Zeitung selbst fand keine Debatte statt, im begleitenden Facebook-Kanal der Zeitung allerdings wurden erhebliche Hassreden als Kommentar veröffentlicht.

- Die Website der Zeitung „Die WELT“ wurde als Beispiel für eine in die Tiefe gehende Analyse der Diskussionsstränge ausgewählt. Diskussionen von Kommentatoren finden bei der „WELT“ über ein eingebettetes System namens „Disqus“ statt.
- Der begleitende Facebook-Kanal der WELT dient als weitere Quelle für die Analyse. Besonders die Weise und der Stil, in denen das Moderatorenteam der WELT mit den Kommentatoren interagiert und auf diese Einfluss nimmt, hat in der Social-Media-Szene in Deutschland für große Aufmerksamkeit gesorgt.

Berliner Zeitung und BZ / Facebook

Die Berliner Zeitung berichtete als erste über die Geschichte von Nasser. Die Website verfügte über keine Kommentarsfunktion, der verlinkte Facebook-Post allerdings zeigte auf drastische Weise, was passieren kann, wenn Moderatoren nur wenig in den Verlauf einer Diskussion eingreifen. Obwohl die beleidigendsten Kommentare inzwischen gelöscht wurden, illustrieren die verbleibenden Kommentare und die Verweise auf die Netiquette die Präsenz von Hassreden. Am 27. Februar 2015 postete das Moderationsteam der Berliner Zeitung auf Facebook:

„Aus gegebenem Anlass möchten wir nochmal an die Regeln unserer Netiquette erinnern:

Wir freuen uns auf unserer Facebook-Seite über anregende Diskussionen, sachliche Kritik und eine freundliche Interaktion. Wie bei den anderen Angeboten von Berliner Zeitung achten wir darauf, dass unsere Community-Regeln eingehalten werden: Achten Sie auf einen respektvollen Umgangston. Auch wenn Sie unter einem Pseudonym schreiben sollten, äußern Sie bitte dennoch keine Dinge, hinter denen Sie nicht auch mit ihrem guten Namen stehen könnten. Die Verantwortung für die eingestellten Kommentare sowie mögliche Konsequenzen tragen die Facebook-Nutzer selbst. In den Kommentaren soll jeder frei seine Meinung äußern dürfen. Doch es gibt Grenzen, deren Überschreitung wir nicht dulden. Dazu gehören alle rassistischen, rechts- und linksradikalen, homophoben oder sexistischen Bemerkungen. Auch die Diffamierung von Minderheiten, Randgruppen oder Menschen mit Behinderung akzeptieren wir nicht. Zudem darf kein Artikelautor oder anderer Kommentator persönlich beleidigt oder bloßgestellt werden. Bitte bedenken Sie, dass Beleidigungen und Tatsachenbehauptungen auch justiziabel sein können. Verzichten Sie ebenfalls auf Spam-Meldungen und werbliche Einträge. In diesen Fällen behalten sich unsere Admins und Moderatoren vor, einzelne Beiträge zu löschen.“

Und in einem früheren Post schrieb die Berliner Zeitung: *„Wir sind erschrocken über die homophoben Kommentare unter diesem Beitrag.“* Als Antwort auf diese beiden Einträge [Posts inzwischen nicht mehr auffindbar] kommentierten Benutzer:

- *„Dann könnt ihr mal 70% der Kommentare hier löschen.“*
- *„Bisschen spät! Wird Eure Seite nicht moderiert? Peinlich!“*
- *„Ich finde, man sollte das alles stehen lassen. Soll doch jeder seine Maske fallen lassen und zeigen welch Geisteskind er ist.“ / „Nicht löschen!!! Drauf zeigen!!!“*
- *„Nachdem ich hier ein paar Minuten mitgelesen habe komme ich eigentlich auch zu dem Schluss, dass löschen wahrscheinlich wenig bringt, sondern eher verschleiert, wie viele Leute hier zu Gewalt aufrufen oder selber Gewalt androhen und einfach schreckliche Dinge schreiben. Aber ich finde, so was sollte auch nicht ohne rechtliche Konsequenzen bleiben.“*

Einige Facebook-Nutzer, die in diesem Thread aktiv waren, sagten aus, dass sie Screenshots gemacht hätten, um die Hassreden zu dokumentieren. Andere kritisierten die Rolle des Moderationsteams der Berliner Zeitung im Hinblick auf ihre Aktivitäten gegen Hate Speech und schlugen vor, juristische Schritte einzuleiten und Beispiele für Hassreden in einem Artikel zu veröffentlichen. Darüber hinaus sind mehrere Beispiele für Hassreden in dem Facebook-Kanal zu finden, wie zum Beispiel die Diskussion, die von einer Benutzerin initiiert wurde und mehrere Antworten generierte. Es hat den Anschein, dass ein zitierter Post eines Users gelöscht wurde:

- *Userin 1: „Ohgott und da fragen sich alle warum man Vorurteile gegen Türken etc. hegt. Liest sich doch mal bitte jemand die Kommentare hier durch. Dazu kann man nichts mehr sagen.“*
- *Antwort: „Genauso wie man nichts dafür kann, dass man Homosexuell ist, kann man auch nichts für seine Herkunft. Ich selbst bin Kurdin und finde es absolut unfair, dass man seine Sexualität nicht ausleben darf. Deine Kommentar gegen Türken ist unnötig... Ich kenne genug deutsche, die auch etwas gegen ‚schwule‘ haben...Versuch bitte sachlich zu bleiben und nicht jeden in ein Topf zu schmeißen.“*
- *Userin 1: „mit Beleidigungen kommt man nicht weit.“*
- *Antwort 2: „[Name des Users, dessen Post gelöscht wurde]; ‚dumme hurre, du zeigst gerade nur das du wahrscheinlich von so vielen Türken gefickt würdest ‘ Und sowas ARBEITET im Reisebüro. Es ist so bitter....Wo soll das Alles bitte noch enden?!!! Und damit meine ich nicht nur die deutsche Rechtschreibung...“*

- *Antwort 3: „[Name der ersten Userin] ich würd mich mal informieren und dann erst den Mund aufmachen. Dein Kommentar ist wirklich dumm und zudem unnötig. Man könnte meinen du wärst Deutsch, sonderschülerin und ein flodder KIND. Na wie gefallen dir meine Vorurteile ??? Ps: nur ein Beispiel für dich damit du merkst dass es gar nichts mit Türken zu tun hat und vor allem dass es immer noch deutsche gibt, die gegen schwule haben!!!!“*

Die WELT-Website

Die Diskussion auf der Website der WELT umfasst 29 Einträge, 23 Kommentare und sechs Antworten. Seit April 2015 ist der Kommentarbereich geschlossen. Ein Kommentar wurde gelöscht, obwohl der Bezug noch erkennbar ist. Die Textlänge der Kommentare ist (durchschnittlich) länger als die der Facebook-Einträge (siehe unten); einige bestehen aus einem oder zwei längeren Absätzen. Bei strukturierter Betrachtung der Kommentare können verschiedene thematische Stränge unterschieden werden:

- Die Entscheidung des Gerichts wurde als „Schande“ kritisiert. Das Urteil wurde im Vergleich zu Delikten wie Steuerhinterziehung, Fahren ohne Führerschein oder das Töten eines Tieres als zu milde beurteilt.
- Kommentatoren schätzten das vermeintlich zu geringfügige Strafmaß als Resultat des kulturellen Familienhintergrunds ein und vermuteten einen „Migrantenbonus“. Ein Kommentator betrachtete die Gerichtsentscheidung sogar als „Freifahrtschein für alle Muslime, die ihre Töchter Zwangsverheiraten wollen“. Dies könnte ein fruchtbarer Boden für rassistische Nutzer sein, ein Anreiz, der Diskussion beizutreten.
- In diesem Fall wurden die deutschen Strafverfolgungsbehörden als „hilflo“ betrachtet, als Resultat eines „dekadenten Zerfalls eines Rechtsstaates“.
- Einige Kommentare drehten sich um eine gemeinsame Verständigung darauf, dass sich Muslime „für DEUTSCHES RECHT“ entscheiden, wenn sie in Deutschland leben. „Diesem Recht haben auch sie sich zu beugen !!! Sonst schickt sie wieder hin , wo der Pfeffer wächst !!!“ Anderenfalls gehörten sie „ausgewiesen“.
- Auf der anderen Seite nutzten viele Kommentatoren die Gelegenheit, Nasser Glück zu wünschen, und zollten ihm Respekt für seinen Mut, sich zu äußern.

Im Allgemeinen fand sich kein Hate Speech in der Debatte auf der WELT-Website, der sich gegen an der Diskussion teilnehmende Nutzer richtet. Die Äußerungen enthielten nichtsdestoweniger kulturelle Stereotypen und Vorurteile gegen Muslime. Viele deutsche Nachrichtenanbieter sind zu dem

Schluss gekommen, dass verstärktes Monitoring der Kommentarbereiche und Einflussnahme seitens des Redaktionsteams eine Lösung ist, Hate Speech auf ihren Websites zu reduzieren. Die „WELT“ ist diesbezüglich keine Ausnahme. Ein Redaktionsteam der „WELT“ moderiert Kommentare während der Geschäftsstunden [seit Okt. 2015 auch rund um die Uhr; <http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article147581899/Welt-schafft-Sendeschluss-fuer-Leserkommentare-ab.html>]. Kommentatoren auf der Disqus-Plattform, die sich nicht an die Netiquette der Zeitung halten, werden aus den Diskussionen ausgeschlossen und ihre Kommentare werden gelöscht.

Den Nutzungsbedingungen entsprechend heißt es: „Eine Debatte findet nicht statt, wenn Teilnehmer oder unbeteiligte Dritte diskriminiert, beleidigt oder provoziert werden. Derartiges lassen wir nicht zu.“

Die vollständigen Nutzungsbedingungen sind unter <http://www.welt.de/debatte/article13346147/Nutzungsregeln.html> zu finden.

Im Vergleich zur eingebetteten Debatte auf der Website der Zeitung (www.welt.de), bieten der Stil des Kommentierens und die Art der Einflussnahme seitens der Moderatoren auf dem verlinkten Facebook-Kanal (dritte Ebene der Analyse) der WELT ein anderes Bild. Wie bereits erwähnt, ist der Tonfall der Teilnehmer der WELT.de-Diskussion respektvoller und es gibt kaum Beschimpfungen und Beleidigungen. Mit Ausnahme eines Hinweises auf eine Löschung gibt es kein Zeichen für eine Einmischung oder ein Editieren im analysierten Teil der WELT.de-Diskussion.

Facebook / Die WELT

Im Facebook-Kanal der WELT sieht dies anders aus. Die WELT hat fast so etwas wie einen Kultstatus unter den Social-Media-Nutzern wegen ihres modernen Ansatzes und der kühnen, manchmal groben Kommentare ihres Moderationsteams während der Facebook-Diskussionen. Über dieses Phänomen wird auch in anderen Medien gesprochen (zum Beispiel auf der Fanpage <http://www.facebook.com/fansdesjournalistenzirkels>).

Das Beispiel auf der WELT-Facebookseite ist bemerkenswerter Fall einer solchen Kultur des Editierens und Kommentierens. Ob diese Methode, auf Kommentare zu reagieren, erfolgreich ist, ist dem Betrachter überlassen, aber im Vergleich zu anderen Facebook-Seiten scheint bei den solcherart moderierten Beiträgen weniger extremer Hate Speech zu erscheinen.

Die Diskussion begann mit einem Nutzer, der voraussagte:

„Anti muslimische Kommentare 1...2...3...“

Das Moderationsteam der WELT antwortete:

„Nein, heute mal nicht. Wer hier heute gegen Muslime oder gegen Schwule hetzen will, möchte es einfach mal sein lassen.“

Der gleiche Nutzer beleidigte im weiteren Verlauf eine weibliche Nutzerin, indem er schrieb:

„[Name einer Nutzerin] das einzige was ich ruf ist allahu akbar oder falls ich Hunger habe damit man für mich kocht du bratze.“

Das Moderationsteam intervenierte:

„Noch so'n Ding und du kochst auf jeden fall nicht mehr auf dieser Seite!“

Sie führen fort:

„Absolut! Was wir hier nicht möchten, ist Hetze gegen Muslime!“

und an den Nutzer gerichtet:

„Lies doch mal den Artikeln, [Name des Nutzers]! Wir sind uns ziemlich sicher, dass du das noch nicht getan hast. Es geht doch um Nasser und seine Geschichte. Er ist Muslim und seine Religion spielt in dieser eine wichtige Rolle. Das ist nicht nur Beiwerk!“

Später schrieb der gleiche Nutzer:

„Die Welt Murad hat mich beleidigt abschieben!“

Worauf die WELT antwortete:

„Abschieben? Das machen wir nicht. Wir knipsen euch einfach das Licht hier aus, wenn ihr nicht artig seid. Also: geh mal kurz an die frische Luft und beruhige dich.“

Von da an fiel der Nutzer nicht mit weiteren Kommentaren auf. Es ist diskussionswürdig, ob diese Reaktionen des Moderationsteams hilfreich sind oder aber den Kommentatoren einen falschen Eindruck ihrer eigenen Wichtigkeit oder eine Aufwertung ihrer Meinung vermitteln. Aber während das Moderationsteam sich ausgiebig Zeit nahm, einem Kommentator zu antworten, übersah es andere, die sich noch drastischer äußerten, wie etwa:

„Die verfuckten Welt was denkst du wem du Ansagen machst Wen willst du pisskind den Mund verbieten !! Ich tolerier keine Homos Punkt wer tut Solls tun ich jedenfalls nicht!“

Andere Kommentatoren versuchten die Situation zu entschärfen, wann immer rassistische und homophobe Kommentare gepostet wurden:

„Chillt ma Leute“ oder „Bei Putin ist Homosexualität auch nicht lustig, nicht immer nur muslimische Länder anführen, bitte...!“ und „einer, der den Titel nicht versteht, wird wohl käumlich selber ne Suppe kochen können...“ (in Bezug auf einen Kommentar des Redaktionsteams)

Zusammenfassend lassen sich mehrere Schlüsse aus der Nasser-Fallstudie ziehen:

- Die Moderatoren setzen sich mit Hate Speech auf verschiedenen Ebenen, auf unterschiedlichen technischen Plattformen sowie mit unterschiedlichen sprachlichen und Beleidigungs-Niveaus auseinander.
- Im Allgemeinen ist das Ausmaß an Hate Speech und Aggression auf Social-Media-Plattformen wie Facebook sichtbarer und unmittelbarer an individuelle Nutzer gerichtet.
- Die Mitarbeiter von Zeitungen stehen vor der Herausforderung, nicht nur mit Fragen wie dem Löschen unangebrachter Kommentare umgehen, sondern gegebenenfalls auch rechtliche Schritte einleiten zu müssen. Einige Nutzer der Online-Community fordern weitere Maßnahmen und schlagen etwa einen öffentlichen Diskurs über Hate Speech vor.
- Neue Ansätze von Moderatoren von Zeitungen, wie beispielsweise mit Ironie und Sarkasmus auf Trolle und Hater zu reagieren, könnten zu einer neuen Kommentarkultur beitragen. Diese Möglichkeit bedarf allerdings einer tiefergehenden Analyse, bevor sich diese Methode als effektiv und nachhaltig bestätigen ließe.

Weitere Artikel:

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/schwuler-sohn-zieht-gegen-seine-eltern-vor-gericht-13477491.html>
- Der Tagesspiegel: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/entfuehrung-des-schwulen-sohnes-geldstrafen-fuer-vater-und-onkel-im-nasser-prozess/11493900.html>
- BILD.DE: <http://www.bild.de/regional/berlin/prozess/strafbefehl-im-prozess-um-homosexuellen-moslem-nasser-40123718.bild.html>
- STERN: <http://www.stern.de/panorama/schwuler-libanese-18-jaehriger-nasser-verklagt-seine-familie-2179701.html>
- Berliner Morgenpost: <http://www.morgenpost.de/berlin/article138323483/Entfuehrt-weil-er-schwul-ist-Geldstrafen-fuer-Vater-und-Onkel.html>

IV) Tuğçe A.

Online-Zeitung (Name und Link):

„Die Zeit“: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/tugce-a-offenbach-justiz>

Datum der Veröffentlichung: 03. Feb. 2015

Datum der Sichtung: 05. Feb. 2015

Überschrift und Unterzeile des Artikels:

Staatsanwaltschaft erhebt Anklage. Im Fall der Studentin Tuğçe A. soll sich ein 18-Jähriger wegen Körperverletzung mit Todesfolge verantworten. Er soll die junge Frau niedergeschlagen haben.

Anzahl des Teilens auf Facebook:

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder in anderen sozialen Netzwerken):

Anzahl der Likes:

Anzahl der Kommentare: 79

→ 44 Kommentare am ersten Tag nach Veröffentlichung, 34 am zweiten Tag, ein weiterer am dritten Tag.

Hintergrund / Kontext:

Tuğçe A. intervenierte während einer Auseinandersetzung zwischen mehreren jungen Männern und Frauen, bei der mutmaßlich letztere durch erstere bedrängt wurden. Sie erhielt einen Schlag, durch den sie zu Boden ging, und erlitt eine ernsthafte Verletzung durch das dadurch verursachte Schädeltrauma. Lebenserhaltende Maßnahmen wurden einige Tage später beendet. Tuğçe A. war eine deutsche Staatsbürgerin türkischer Herkunft und wurde in Deutschland geboren; der Tatverdächtige ist mutmaßlich serbischer oder bosnischer Abstammung; es bleibt ungeklärt, ob er in Deutschland oder in der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien geboren wurde.

Analyse:

Einige Verfasser äußerten ihren Ärger über vermeintlich mildere Verurteilungen von Menschen, die anderen Schaden zufügen, im Vergleich zu Tatbeständen wie Drogenmissbrauch. Ein anderer schlug vor, dass der Tatverdächtige als angemessene Bestrafung Graffiti entfernen solle. Ein weiterer beschwerte sich darüber, dass in Fällen wie diesen Jugendstrafrecht angewendet werden kann, und schlug vor, dass die Jahre, die ein Mensch durchschnittlich noch hätte leben können, wäre er nicht getötet worden, in die Berechnung mit aufgenommen sollten. Diese Anzahl an Jahren sollte denen der Gefängnisjahre entsprechen. Andere sprachen von einer „Kuscheljustiz“, wenn es um Migranten oder Jugendliche gehe (der Kontext bleibt unklar), und darüber, ob der Tatverdächtige wohl eine „Segel-Therapie auf Staatskosten nach Spanien oder Florida“ bekommen werde (wahrscheinlich war gemeint: um ihn sozial zu reintegrieren).

Einer der aggressiveren Kommentatoren behauptete, über tiefere Kenntnis über den Tatverdächtigen zu verfügen (was nicht der Fall war). In einem ausführlichen Beispiel für Stereotypisierung beschrieb er, wie dieser Vorfall erst der Anfang einer kriminellen Karriere sein werde. Der Kommentator sagte, dass er bereit sei, „Geld darauf [zu] wetten“, dass der Verdächtige bereits „schon mehrmals wegen massivem Gewalteinsatz auffällig“ gewesen sei und „zuvor keinen Gegenwind“ bekommen habe. Er behauptete, hunderte solcher Fälle in Deutschland pro Jahr zu kennen, und er kenne „das Klientel“. Er sagte: „Der Typ wird vor Gericht sagen, dass ihm alles sehr leid tut und er dem Opfer nur ne bessere Ohrfeige gegeben hat und dieses dann unglücklich aufgeschlagen ist mimimi. Wird auch dieses Mal zuverlässig klappen und der Täter wird Schwierigkeiten haben, nicht noch im Gericht über das Urteil zu lachen.“

Eine größere Zahl an Kommentaren behandelte Statements wie die eben genannten und versuchte, verschiedene Aspekte des in Deutschland praktizierten Rechts zu benennen, zum Beispiel wie Totschlag / Mord / Unfälle definiert werden und welche gesetzlichen Maßnahmen in jedem dieser Fälle angemessen sind. Weitere Aussagen betonten die Unwichtigkeit der Nationalität des Verdächtigen. Sie antworteten damit auf die aggressiveren Posts, die auf die vermeintliche Herkunft des Verdächtigen fokussierten, indem sie darauf hinwiesen, dass er in Deutschland geboren und groß geworden sei, oder dass auch Serbien ein europäisches Land sei, oder dass Totschlag / Mord auch in Serbien Straftatbestände seien (womit sie verdeutlichen wollten, dass andere Gesellschaften die gleichen gesellschaftlichen Werte und Regeln haben).

Ein Kommentator (derjenige mit den meisten – 7 – Posts) versuchte wiederholt, in einer ausgleichenderen Weise mit den aggressiveren und / oder (augenscheinlich) rassistischeren Beitragenden zu diskutieren. In einem Post wies er darauf hin, dass Freiheit, Demokratie und ähnliches „keine inherent ‚deutschen‘ Werte“ seien und „Tötung anderer Menschen... überall geächtet“ werde. Deshalb seien Kommentare mit der „der impliziten Unterstellung, dass diese ‚nahezu primitiven‘ Serben sich doch ‚zu Hause‘ auch die ganze Zeit gegenseitig totprügeln würden - nach wie vor - einfach widerlich“. Andere versuchten wiederholt zu erklären, dass der Vorfall in aller Wahrscheinlichkeit ein tragischer Unfall oder eine Körperverletzung mit Todesfolge gewesen sei. (Zu diesem Zeitpunkt schien es ungeklärt, ob der Verdächtige das Opfer geschlagen oder gestoßen hatte; der Sturz führte zum Tod.)

Ein Kommentar – womöglich sogar verständnisvoll oder versöhnlich gemeint – führte aus, dass der Verdächtige aus einer „kulturelle stärker durchtestosteronisierten Welt wo die Ehre eine stärkere soziale Rolle spielt“

komme. Ein anderer Kommentator reagierte gereizt auf den vermeintlich entschuldigenden Charakter eines Bezugs auf Testosteron als Grund oder Entschuldigung in solchen Angelegenheiten. Mehrere Kommentare führten Begriffe wie „Migrant“, „Kultur“ (im Sinne von: Kultur, die von „unserer“ abweicht) in die Diskussion ein, wiederholt verbunden mit der Forderung, *solche* Menschen aus Deutschland abzuschieben. Sogar ein Beitrag, der den Verlust des jungen Mädchens auf den ersten Blick zu betauern schien, betonte, dass sie „hervorragend integriert“ gewesen sei [im Unterschied zu anderen?]. Ein Kommentator, der in solchen Fällen den Entzug der Staatsbürgerschaft fordert, schloss seinen Beitrag mit: „Auf Verbrecher, Krakeler und Alkoholiker können wir gern verzichten - egal woher die Leute stammen.“

Einer der aggressivsten Post gegen „Migranten“ las sich wie folgt: „Ein bosnischer Serbe ist der Gute. Sozialisiert wurde er zwar in Deutschland, aber von deutschen Werten hat der Prügelknabe offenbar nichts mitbekommen (vermutlich auch etwas schwer, wenn man vorwiegend mit Menschen seiner eigenen Kultur herumhängt und Mädchen im McDonalds anpöbelt). Gewisse Balkanländer mögen zwar nominell zu Europa gehören, europäische Werte sind in diese nahezu primitiven Gesellschaftsstrukturen jedenfalls bislang noch nicht durchgedrungen.“ Später fügte der gleiche Verfasser hinzu, dass er im Unterschied zu anderen Kommentatoren nicht „in devotem Selbsthass“ ertrinke (als deutscher Bürger), und dass es kein Ausländerhass sei, wenn er „Kulturen mit brutalen/frauenfeindlichen/menschenverachtenden Einschlägen nicht relativierend abtue, sondern nenne und verurteile“.

Ein weiterer Eintrag besagte, dass, selbst wenn der Verdächtige aus einer „anderen Welt“ komme, er immer noch hier sei und sich auch so zu benehmen habe. Und ein anderer machte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) für die allgemeine Entwicklung verantwortlich und sagte, dass dank der SPD „solchen Subjekten jetzt die doppelte Staatsbürgerschaft sicher“ sei, so dass man die „Zahl der einsitzenden multikriminellen Intensivtäter in die gewünschte Richtung verschieben [könne]“, „wenn es auf einmal ‚deutsche‘ Staatsbürger“ seien [aus Gründen der politischen Opportunität?].

Einige Einträge beklagten die Gefahren für Zivilcourage, des Eintretens für die Verteidigung Dritter. Ein anderer beschwerte sich über den journalistischen Verhaltenskodex, die Nationalität von Verdächtigen nicht zu veröffentlichen; dieses würde nur dazu führen, dass unterstellt werde, dass Täter einem anderen „Kultur’kreis“ entstammten (Anführungsstriche wie im entsprechenden Zitat).

Ein weiterer Kommentator erklärte, warum es wichtig sei, die Nationalität von Verdächtigen in der Presse zu benennen. Er behauptete, dass „die meisten Menschen“ „Muster“ erkennen und bei bestimmten (brutalen) Angriffen ableiten, dass die Täter „Südländer“ seien (Anführungsstriche wie im entsprechenden Zitat). Die „Südländer“ könnten deshalb – so schien er zu argumentieren – nichts gegen die Veröffentlichung von Nationalitäten einzuwenden haben, da sie „dabei keinesfalls verlieren“ könnten. In einem anderen Post wurde die Frage gestellt, ob es sich um einen rassistischen Übergriff auf eine „Deutsch-Türkin“ gehandelt habe und ob die Bezeichnung des Verdächtigen als „der Mann“ dementsprechend als Verharmlosung gelten könnte (in früheren Beiträgen der Berichterstattung wurde der Verdächtige anscheinend als „Ausländer“ stereotypisiert).

Die kommentarbasierte Diskussion schloss insgesamt 43 Personen ein. 26 von ihnen lieferten je einen einzigen Kommentar, von denen acht als schwächere oder stärkere Variante von Hate Speech (in diesem Fall als rassistisch) qualifiziert werden können, drei sprachen sich für eine (ungerechtfertigt) strenge Auslegung der Gesetze aus, und 14 waren Versuche, hitzigere Argumente zu beschwichtigen, oder Widerspruch gegen diskriminierende Aussagen (drei der letzteren in ausdrücklich anti-rassistischer Weise). Ein Kommentar war unspezifisch. Von den verbleibenden Verfassern mit zwei oder mehr Posts veröffentlichte eine Person sieben Statements, die sämtlich das Ziel hatten, einen vernünftigeren, nichtdiskriminierenden Tonfall in die gesamte Diskussion einzubringen. Sein nahezu unmittelbarer Gegner, der fünf Einträge verfasst hat, erwies sich als einer der hartnäckigsten Kommentatoren, der darauf bestand, über (angeblich) überlegenes Wissen über und Einsichten in die Motive und Überzeugungen des Verdächtigen zu verfügen.

Fünf Kommentatoren veröffentlichten fünf oder mehr Einträge. Einer von ihnen erklärte gesetzliche Unterschiede zwischen Mord und Totschlag ohne Bezugnahme auf Nationalität oder Herkunft von Opfer und Verdächtigem, und blieb dabei spürbar neutral im Vergleich zu anderen. Unter den anderen vier Verfassern waren zwei fortgesetzt rassistisch (und bis zu einem gewissen Grad undemokratisch) und zwei, die sich von den Äußerungen der letzteren explizit abgrenzten. Während der gesamten Diskussion fand keine Moderation durch die Redaktion statt. Die Verfasser reagierten aufeinander und bezogen sich häufig auf vorangegangene Posts. Die Reaktionen wurden nicht direkt durch Inhalt, Stil oder Wortwahl des ursprünglichen Artikels ausgelöst, da dieser lediglich aus einem kurzen Text bestand, der sorgfältig neutral in der Formulierung war. Es fanden keine Bearbeitung und kein Löschen seitens der Redakteure statt. Einige Verfasser löschten ihre Beiträge aus unbekanntem Gründen selbst.

V) Charlie Hebdo

Einführung in die „Charlie Hebdo“-Fallstudie

Unter den vielen Veröffentlichungen (Artikel, Kommentare, Blogbeiträge etc.), die in den Tagen nach dem Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ entstanden sind, konnten zwei Themenbereiche identifiziert werden, die einen besonders „deutschen“ Ansatz der öffentlichen Wahrnehmung hervorheben.

Der eine war ein frühzeitig stattfindender Versuch, das, was passiert ist, für die relativ neue Bewegung „Pegida“ auszubehaupten (Pegida steht für „Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlands“). Dieses ist eine populistische rechtsgerichtete Bewegung, die Bedenken über die vermeintlich wachsende Zahl an „Ausländern“, speziell Muslimen, ausdrückt, die – wie die Anhänger der Bewegung behaupten – weniger und weniger bereit seien, „typisch“ deutsche oder europäische Werte und Verhaltensmuster anzuerkennen.

Das andere Thema entwickelte sich rund um die jährliche Feier des deutschen Karnevals, eine historische Tradition, die eine große Rolle in einigen deutschen Regionen spielt und von denen, die sie organisieren und an ihr teilhaben, sehr ernst genommen wird. Der Karneval besteht unter anderem aus einem Umzug mit einer Wagenflotte, von denen 2015 einer dem Gedenken an die ermordeten Karikaturisten gewidmet werden und eine Karikatur eines Stifts als letztlich stärkere Waffe darstellen sollte. Nach einiger Abwägung entschieden die Organisatoren jedoch, diesen Wagen nicht zu zeigen, und behaupteten, er könne öffentliche Unruhe auslösen. Da diese beiden Aspekte recht spezifisch für das zeitgenössische Deutschland zu sein schienen, konzentrierte sich die Analyse auf eine kleine Auswahl an Artikeln, die sich damit auseinandersetzten.

A) Charlie Hebdo und der Karnevalswagen

Online-Zeitung (Name und Link): „Die Frankfurter Allgemeine“: http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/koeln- karneval-stoppt-charlie-hebdo-motivwagen-13396890.html
Datum der Veröffentlichung: 29. Jan. 2015
Datum der Sichtung: 04. März 2015
Überschrift und Unterzeile des Artikels: Karneval stoppt „Charlie Hebdo“- Motivwagen. Der Kölner Karneval verzichtet auf einen Rosenmontags-Wagen, der den Anschlag auf das französische Magazin „Charlie Hebdo“ satirisch aufgreifen sollte.
Anzahl des Teilens auf Facebook: 1.034 Facebook-Empfehlungen auf der FAZ-website

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder anderen sozialen Netzwerken):

67-mal über Twitter auf FAZ.de geteilt

Anzahl der Likes: keine

Anzahl der Kommentare: 71 Website-Kommentare, kein Facebook-Post

Hintergrund / Kontext:

Der deutsche Karneval hat es sich zur Tradition gemacht, kontroverse Themen aus den vergangenen Jahren als Vorlage zum Bau satirischer Wagen zu nutzen. In diesem Jahr (2015) sollte ein Wagen einen Karikaturisten abbilden, der einen Stift in den Gewehrlauf eines Dschihadisten stopft. Dieser Wagen wurde im Vorfeld vom Umzug ausgeschlossen, was eine deutschlandweite Debatte auslöste.

Analyse:

39 von insgesamt 71 Website-Kommentaren wurden berücksichtigt. Die Diskussion verfolgte im Wesentlichen zwei Stränge, deren einer die Entscheidung des Komitees begrüßte, wohingegen der andere sich vehement dagegen aussprach. Verschiedene Unterstränge wurden hinzugefügt, in denen Querverweise etwa zu der rechtsgerichteten Pegida-Bewegung (siehe Charlie-Hebdo-Analyse) veröffentlicht wurden.

Ein Kommentator behauptete, dass die Idee, „mit Bleistiften verrückte Terroristen ... stoppen“ zu können, selbst verrückt sei (wer das glaube, sei „selbst neben der Narrenkappe“). Andere bedauerten die Entscheidung des Komitees und verwiesen auf die Idee, dass es am Ende nicht der Terror sei, der die Oberhand behalte, sondern „die mit Hilfe der Bleistifte in Form von Karikaturen ausgedrückte demokratische Haltung“.

Verschiedene Kommentatoren drückten ihre Ablehnung des Islam im Allgemeinen aus. Sie unterstellen, dass Muslime als solche gegen jede Form von Kritik seien. Einer von ihnen reagierte auf den Post eines Muslims: „... weshalb verletzt ein Karnevalswagen mit dem Motiv eines vereitelten Terroranschlags ihre Gefühle? Wer wird durch dieses Motiv wegen seiner Herkunft, Religion oder Hautfarbe ausgegrenzt, beurteilt oder diffamiert? Falls es Sie stört, daß brutale islamistische Attentäter aufs Korn genommen werden, dann geben Sie Ihre Sympathie mit Ihnen doch einfach zu. So klingt Ihr rumgeeiere nämlich.“

Einige muslimische Kommentatoren hätten einen Karnevalswagen vorgezogen, der gezeigt hätte, wie sich alle Demokraten gegen Terrorismus stellen. „Diese Karikatur suggeriert, wir Europäer/Christen stoppen sie und die Muslime sind nicht da.“ Andere definierten den fraglichen Wagen als ver-

gleichsweise harmlos und verstanden nicht, warum Muslime dagegen sein sollten. Andere beklagten die vermeintliche Übersensibilität von Muslimen (im Allgemeinen, wie sie behaupten) und fragten, wo das „Stoppschild“ sei (als Symbol dafür, dass man sicher sein könne, Gefühle von Muslimen nicht zu verletzen).

Ein bestimmter Beitrag zählte eine Reihe von Vorfällen auf, bei denen Muslime – so sagt er – vermeintlich verletzt reagiert haben: die Mohammed-Karikaturen, die Karikaturen der Charlie-Hebdo-Attentäter, Satire (er nannte den Kabarettisten Dieter Nuhr als Beispiel), Funkenmariechen im Karneval, Frauen ohne Kopftuch, Tschador, Burka oder ohne männliche Aufsicht sowie berufstätige Frauen, Christen, Alewiten, Juden, Atheisten. Er wendete sich aggressiv gegen einen muslimischen Kommentator, der zuvor auf vergleichsweise zurückhaltende Weise gegen den Karnevalswagen protestiert hatte, und fragte ihn: „... wo (bitte verbindlich!!) ist Ihr Stoppschild Oder haben Sie keines?“

Er erhielt Beifall vom unmittelbar darauf antwortenden folgenden Kommentator und verschiedenen anderen Verfassern, die dahingehend übereinstimmten, dass die Entscheidung des Komitees, den Wagen nicht mitfahren zu lassen, als Einknicken gegenüber den Forderungen von Terroristen definiert und als Beweis für die zunehmende Islamisierung von Deutschland gesehen werden müsse.

Zusammenfassung:

Eine bemerkenswert große Zahl an Kommentatoren brachte Beiträge in die Diskussion ein, die sich auf den Islam und / oder Muslime im Allgemeinen bezogen. Jeder Versuch seitens an der Diskussion teilnehmender Muslime, (auch ausgleichend) zu erklären, warum sie denken, dass die Karikatur bzw. der fragliche Wagen entweder nicht hilfreich oder möglicherweise sogar verletzend gewesen wäre, traf auf Posts, deren Inhalt an Verachtung grenzte.

Darüber hinaus gab es in einer nennenswerten Anzahl von Beiträgen Querverweise zum Charlie-Hebdo-Attentat, Pegida und zur vermeintlichen Bedrohung einer Islamisierung von Deutschland, die nicht auf einer realistischen Beobachtung gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungen beruhten. Pegida-Anhänger im Besonderen fügten Posts hinzu, deren Inhalt mit „Wir haben es ja gleich gesagt“ zusammengefasst werden könnten; sie behaupteten, dass aktuelle Vorfälle einen Beweis für die Berechtigung ihrer Ängste und Warnungen darstellten, und versuchten so, ihre öffentlichen Auftritte zu legitimieren.

B) Charlie Hebdo und Pegida

Online-Zeitung (Name und Link):

No. 1:

„Die ZEIT“: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/frankreich-charlie-hebdo-karikaturen-pegida-paris-dresden#cid-4309207>

No. 2:

„taz. die tageszeitung“: <http://www.taz.de/!152463/>

No. 1:

Datum der Veröffentlichung: 12. Jan. 2015

Datum der Sichtung: 26. März 2015

No. 2:

Datum der Veröffentlichung: 08. Jan. 2015

Datum der Sichtung: 27. März 2015

No. 1 - Überschrift und Unterzeile des Artikels:

Französische Karikaturisten wehren sich gegen Pegida. „Pegida verschwinde“: Mit Zeichnungen und einem Flugblatt wenden sich französische Karikaturisten gegen die Vereinnahmung der Pariser Attentate durch die Organisation.

No. 2 - Überschrift und Unterzeile des Artikels:

Jede Menge falsche Freunde. Die Pegidas dieser Welt haben kein Recht, die ermordeten Satiriker zu instrumentalisieren. Und wer die Tat mit „Aber“ verurteilt, rechtfertigt sie.

No. 1:

Anzahl des Teilens auf Facebook: 15.647 Facebook-Empfehlungen auf der Zeit-Website

No. 2:

Anzahl des Teilens auf Facebook: 37.718 Facebook-Empfehlungen auf der TAZ-Website

No. 1:

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder anderen sozialen Netzwerken):

1.025-mal auf Twitter über Zeit.de geteilt

No. 2:

Anzahl des Teilens auf Twitter (oder anderen sozialen Netzwerken):

212-mal auf Twitter über TAZ.de geteilt

Anzahl der Likes: keine

No. 1:

Anzahl der Kommentare: 760 Website-Kommentare, kein Facebook-Post

No. 2:

Anzahl der Kommentare: 294 Website-Kommentare, kein Facebook-Post

Hintergrund / Kontext:

Die anti-islamische Gruppe Pegida (Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlands) versuchte, von den Attentaten in Paris zu profitieren, indem sie Protestierende aufforderte, bei den demnächst stattfindenden Protesten schwarze Bänder zu tragen. Der Gruppe wurde vorgeworfen, die tragischen Vorkommnisse für ihren persönlichen politischen Nutzen auszu-beuten.

Erläuterung:

Der erste Artikel (ZEIT) dokumentiert, wie Karikaturisten gegen die Ausbeutung der Charlie-Hebdo-Attentate durch populistische rechtsgerichtete Demonstranten protestierten, die sich in der relativ neuen Pegida-Bewegung zusammenfinden. Sie beschuldigten die Letzteren, Autoren und Zeichner zu „betrauern“, die sie in anderem Kontext als ihre politischen Feinde betrachten würden, um ihre Proteste gegen vermeintlich wachsende Zahlen von radikalen islamischen Fundamentalisten zu stärken, von denen nach ihrer Überzeugung eine Bedrohung für die deutsche Gesellschaft und Kultur ausgehe.

Der zweite Artikel ist ein Kommentar zum gleichen Thema. Der Verfasser betonte die gleiche populistische Ausbeutung wie der vorangegangene Artikel, kritisiert allerdings auch andere gesellschaftliche Gruppen, die die Morde verurteilen, jedoch – wie er es ausdrückt – mit einem „aber“ fortfahren, wie etwa in den folgenden Beispielen: „Aber die haben ja provoziert. Aber man müsse die religiösen Werte und Gefühle respektieren.“ Der Verfasser wendete sich auch an Muslime, wenn er sagte, dass es in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion nicht hilfreich sei, sich an der „Formel, die Morde von Paris hätten nichts mit dem Islam zu tun“, festzuhalten.

In den Kommentaren, die sich auf einen der beiden Artikel bezogen, wurde die Rolle von Pegida ausführlich diskutiert; die Verfasser beschuldigten die Anhänger der Bewegung entweder des Missbrauchs der Attentate für ihre eigene Mission oder verteidigten sie als ehrbare Demokraten, die berechtigterweise ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben.

Analyse:

Erster Artikel:

Diese Analyse richtet die Aufmerksamkeit auf 37 von insgesamt 760 Website-Posts, die die stattfindende Diskussion recht gut beleuchten. 32 Personen waren in diesem speziellen Diskussionsstrang aktiv, die meisten von ihnen trugen jeweils mit einem einzigen Beitrag dazu bei. Nur drei von ihnen intervenierten wiederholt, führten das, was gesagt wurde, weiter aus oder verdeutlichten ihre eigenen Stellungnahmen.

Einer dieser drei veröffentlichte vier Kommentare und wies darauf hin, dass Personen oder Institutionen, die Pegida für eigene Zwecke zu missbrauchen versucht hatte, nicht bereit seien, die Erwartungen dieser Bewegung zu erfüllen; darüber hinaus kritisierte er andere (mutmaßlich mit den Zielen von Pegida sympathisierende) Kommentatoren.

Diese Posts können klassifiziert werden als anti-Pegida (moderat bis ausdrücklich), pro-Pegida (moderat bis ausdrücklich) und andere (nicht auf dieses Thema bezogene Kommentare, die in der Gesamtdiskussion mehr oder weniger sinnvoll waren). Von 32 Kommentatoren schrieben 18 Anti-Pegida-Posts (fünf moderat, 13 explizit), neun veröffentlichten Pro-Pegida-Meinungen (vier moderat, vier explizit) und weitere sechs brachten Ideen ohne Bezug zu diesem Thema zum Ausdruck. Es gab eine redaktionelle Intervention, mit der der betreffende Kommentator aufgefordert wurde, auf persönlichen Antagonismus zu verzichten.

Der fragliche Artikel wurde fünf Tage nach dem Attentat auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ veröffentlicht. Es ist bemerkenswert, dass die Mehrheit der Kommentatoren mit mehr oder weniger vehementem Unmut auf die Bemühungen von Pegida reagierte, die Geschehnisse zu ihren Gunsten auszuschlachten. Die Annahme erscheint zulässig, dass der Eindruck dessen, was in Paris weniger als eine Woche zuvor geschehen war, noch stark genug nachwirkte, um eine tatsächliche Abneigung gegen Personen und Gruppen hervorzurufen, die versuchten, dies für ihre eigenen Ziele zu missbrauchen, in diesem Fall: anderen zu verweigern, ein Teil Deutschlands zu sein.

Die Pro-Pegida-Posts beklagten entweder, dass „Islamisten töten und man kümmert sich um die Leute die sich darüber aufregen“, oder dass es Pegida angeblich nicht gestattet sei, ihre Unterstützung für eine freie Presse oder Meinungsfreiheit zu demonstrieren, oder sie wiesen darauf hin (im Versuch, ironisch zu sein), dass die „toleranten Muslimen und die linksextremistischen Anti-PEGIDA Anhänger“ im Jahr 2014 durch die Straßen gezogen seien und sich gegen Juden geäußert hätten.

Ein weiterer Kommentator sagte, dass es ein „zentraler Unterschied zwischen den Moslems und uns ‚Ungläubigen‘ ist, dass wir Satire verstehen und deswegen niemanden umbringen“.

Ein letzter Verfasser verglich die Vorgehensweise von Gegnern von Pegida mit der Nazimethode, „unliebsame Meinungen... einfach mundtot“ zu machen. Er schloss mit: „Ich werde gegen diese neue Art des Meinungsfaschismus nun auf die Strasse gehen. Mit Pegida. Ganz friedlich. Und friedlich den Schlaegertrupps der Antifa ins Gesicht schauen.“

Auf diesen Beitrag folgte unmittelbar die Antwort eines anderen Kommentators: „Und friedlich den Schlaegertrupps der Antifa ins Gesicht schauen.’ Geht nicht. Die sind verumumt und zeigen nicht ihr Gesicht. Aber dafür sind sie ja auf der ‘guten’ Seite mit ihren Steinen als Argumenten.“

Die Anti-Pegida-Posts führten aus, dass Pegida Immigranten oder Menschen mit vergleichbarem Hintergrund in Deutschland nicht dulden würde; sie machten sich über die Klage von Pegida-Unterstützern lustig, dass ihr Angebot, ebenfalls öffentlich um die Opfer trauern zu wollen, nicht respektiert werde, und dass sich Personen und Gruppen, die sie für ihren Zweck ausnutzen wollen, weigerten, benutzt zu werden; sie beschuldigten Pegida, „billigste Propaganda“ zu benutzen, oder wiesen darauf hin, dass Pegida und ihre Anhänger für Charlie Hebdo eher ein Ziel für ihre Satire gewesen wären, aus diesem Grund sei Charlie Hebdo etwas, was „Pegida sicher als erstes verbieten würde, hätten die dahinter stehenden Köpfe die Macht“.

Andere Kommentatoren erklärten, dass Pegida nicht für Meinungsfreiheit, sondern für den Ausschluss bestimmter Gruppen aus der Gesellschaft stehe, oder betonten, dass Meinungsfreiheit nicht bedeute, Pegidas Standpunkte stillschweigend hinnehmen zu müssen. Ein sehr ironischer Eintrag verspottete Pegidas Klagen, indem er sagte: „Da lässt man seit Wochen Pegida-Anhänger demonstrieren – dennoch wird behauptet, sie dürften nicht! ... Da behaupten Pegida-Anhänger, ihre Meinungsfreiheit würde verletzt, dabei sind es die Pegidas, die massiv die Meinungsfreiheit unterbunden sehen wollen, nämlich die jener Menschen, die anderer Meinung sind.“ Der Eintrag fasste zusammen, dass keiner die Pegida-Anhänger daran hindere, ihre Meinung zu äußern, aber dass es ihnen nicht zustehe, dies im Namen von „Charlie“ zu tun.

Ein anderer fügte hinzu: „Natürlich dürft Ihr Eure Pegida-Meinung sagen. Wir wollen Sie bloß nicht hören!“ und fuhr fort: „Und wir schämen uns für Euch, weil Ihr den Ruf von Deutschland in (fast der ganzen) Welt beschädigt. Aber nur weil es uns lieber wäre, wenn Ihr still sein würdet, wird Euch noch lange nichts verboten.“

Der zweite Artikel rief zum Teil einige sehr aggressive Kommentare hervor, von denen sich eine nennenswerte Zahl auf die türkische Herkunft des Verfassers bezogen. 57 Kommentare wurden berücksichtigt. Da der Inhalt wesentlich vielfältiger als im ersten Artikel war, konzentrierte sich die Auswertung auf die Qualität, nicht auf die Quantität der zum Ausdruck gebrachten Meinungen.

Einige Kommentatoren verspotteten die Anhänger von Verschwörungstheorien sowie Extremisten, die sich in die Diskussion einbrachten. Andere führten aus, dass der ethnische oder kulturelle Hintergrund oder die Herkunft des Verfassers (des Artikels) in Bezug auf den Wert des Artikels irrelevant sei – oder widersprachen genau dieser Auffassung. Einige Kommentatoren führten eine Ebene in die Diskussion ein, auf der sie recht vehement über verschiedene (vermeintlich) linksgerichtete Reaktionen auf den Artikel sowie auf das Charlie-Hebdo-Attentat selbst debattierten.

Andere verteidigten das Recht auf freie Meinungsäußerung (im Zusammenhang mit Karikaturen) und betonten, dass diese Freiheit nicht berücksichtigen müsse, ob Menschen die Resultate mögen. Wiederum andere wiederholten, wie notwendig das Recht auf freie Meinungsäußerung sei, schienen dies allerdings als Gelegenheit zu nutzen, Muslime im Allgemeinen zu kritisieren.

Ein weiterer Kommentator führte eine künstlerische Perspektive in die Diskussion ein; er fragte nach dem vernünftigsten Ansatz, wenn das, was der eine „genial“ nennt, von anderen als „infam“ betrachtet wird. Andere griffen diese Gedanken auf, behaupteten aber, dass nicht-muslimische Betrachter toleranter reagieren, wenn sie mit kontroverser Kunst konfrontiert werden: „Im schlimmsten Fall droht dem Künstler eine Geldstrafe, er müsste aber nicht damit rechnen, dass ihn ein durchgeknallter Fundamentalist über den Haufen schießt.“

Der gleiche Post setzte sich mit der vermeintlichen Übersensibilität von Muslimen im Allgemeinen auseinander, die – so wohl die Meinung – schnell gekränkt seien durch alles, was mit ihrer Tradition oder ihren Überzeugungen zu tun habe.

Ein anderer machte die Karikaturisten teilweise selbst für das Geschehene verantwortlich, indem er sagte, dass Menschen, die andere absichtlich beleidigen, wie Barbaren handeln.

Der Verfasser des eigentlichen Artikels wendete sich auch an Muslime und warnte sie davor, das Wort „aber“ hinzuzufügen, wenn sie über die Attentate reden. Einige Kommentatoren reagierten darauf und verteidigten die Ab-

lehnung eines allgemeinen Rechts auf freie Meinungsäußerung da, wo religiöse Empfindlichkeiten ins Spiel kommen, sprachen Charlie Hebdo alle Merkmale eines Heldentums ab und brachten die Unterstützung des Rechts auf freie Meinungsäußerung mit „Islamophobie“ in Verbindung.

Ein anderer fragte den Verfasser des Artikels, auf welchen Islam er sich beziehe, und listete Sunniten, Schiiten, Wahhabiten, Aleviten und Ismailiten auf; dabei betonte er, dass der Islam keine Masse sei, sondern aus verschiedenen Richtungen bestehe, und warf dem Verfasser vor, dass er sich die Angelegenheit mit Absicht einfach mache – nur um dann hinzuzufügen, dass die meisten Terroristen („die meisten Leute die solche Taten ausführen“) Wahhabiten seien.

Ein Kommentator weigerte sich, einen Zusammenhang zwischen dem Attentat und Religion zu sehen, und sagte, dass „diese Irren“, die für die Attentate verantwortlich waren, „kein Teil des Islam“ seien, sondern diesen „für ihren Faschismus“ benutzen. Ein anderer widersprach ihm und sagte, dass es „verschiedene Strömungen und Auslegungsweisen“ gebe, so dass die Attentäter als „Anhänger einer sehr radikalen Form des Islams“ zu sehen seien, die es zu bekämpfen gelte – „auch von Seiten der liberalen und säkularen Moslems“.

Ein weiterer Kommentator sagte, er sei ein „praktizierender Moslem“ und er sehe für sich, dass man sich über „die Reaktionen nicht wundern“ dürfe, „solange wir still sitzen oder uns hinter Floskeln wie ‚Das hat mit Islam nicht zu tun! usw.‘ verstecken“. Es werde Zeit, dass sich die islamische Welt erhebe und diese Extremisten bekämpfe.

Andere beleidigten sowohl die Kommentatoren mit (vermeintlich) muslimischem Hintergrund als auch den Verfasser des Artikels, indem sie etwa schrieben: „manch einer will halt deutscher sein als Deutsche“. Ein anderer richtete sich an den Verfasser und fragte, ob dieser als „gebürtiger Türke“ (was er nicht ist) „sich eigentlich schon ... dem Problem Erdogan gestellt“ habe. Einige andere führen das Thema Pegida in die Diskussion ein. Unter den gesichteten Kommentaren fanden sich drei Interventionen seitens des Redaktionsteams, auf die Löschungen der fraglichen Posts folgten.

Zusammenfassung:

Beide Artikel setzten sich mit Aspekten des Attentats auf die „Charlie Hebdo“-Redaktion in Paris auseinander. Der erste Artikel erhielt Kommentare, die sich weniger auf den Vorfall selbst bezogen, sondern eine Diskussion über das aktuelle deutsche Phänomen „Pegida“ auslösten. Die Diskussion bestand aus einem recht leidenschaftlichen Austausch von Pro- und Contra-Meinungen darüber, ob die Bewegung und ihre Ziele legitim,

radikal, demokratisch oder faschistisch, von vernünftigen Bürgern oder von rechtsgerichteten Antidemokraten vorangetrieben seien oder nicht. Der „Charlie Hebdo“-Kontext wurde benutzt, um den jeweiligen Gegner mit der eigenen politischen Überzeugung zu konfrontieren.

Der zweite Artikel traf auf Rückmeldungen, die näher am eigentlichen Thema waren: Menschen diskutierten tatsächlich die Rolle von Karikaturen in einer demokratischen Gesellschaft, die Notwendigkeit und (mögliche) Grenzen des Rechts auf freie Meinungsäußerung, die vorhandene oder nicht-vorhandene Verantwortlichkeit dafür, sich von der eigenen Gruppe (peer group, in diesem Kontext: religiöse Gruppe) bei Vorfällen wie diesem zu distanzieren. Genau wie es die Kommentatoren des ersten Artikels taten, griffen auch hier die Beteiligten die anderen Diskussionsteilnehmer auf eine Weise an, die die Grenze zu offener Feindseligkeit oft überschritt.

Als Resultat kann festgehalten werden, dass beide Diskussionen verschiedene Abstufungen von Antagonismus zwischen Vertretern unterschiedlicher politischer Gesichtspunkte, aber auch gegenüber ethnischen und religiösen Gruppen gezeigt haben. Auffällig ist das fortgesetzte Bedürfnis, denjenigen, der von der eigenen Meinung abweicht, als den *anderen* oder den *Fremden* oder denjenigen zu definieren, der *nicht hierher gehört und / oder der sich den Regeln anzupassen hat*.

4. Resultate der Interviews

Die Interviewpartner wurden nach ausführlicher Recherche ausgewählt. Einige waren selbst Ziel von Hassreden und traten im Zeitraum der Interviews in Medien auf. Andere wurden wegen ihrer Expertise im journalistischen, redaktionellen oder Medienbereich angesprochen. Einige hatten Material zum Thema Hassreden veröffentlicht oder entsprechende Forschung betrieben.

Die Interviews wurden in drei Kategorien geführt: Medienexperten, Organisationen und Redaktionsangehörige.

Medienexperten

Die Kategorie für Medienexperten schließt Social-Media-Manager, eine Web-Aktivistin, Journalisten, einen Twitterexpertin, eine Agentur, eine Business-Akademie und andere ein. Als diese um ihre Definition von Hate Speech gebeten wurden, war der generelle Konsens, dass dies eine Form von Diskriminierung darstelle, hauptsächlich gegen Minoritäten gerichtet. Es sei jedoch schwierig, eine genaue Abgrenzung etwa zwischen Hassreden und Trolling herzustellen.

Ein Interviewpartner erklärte, dass er als ein männlicher Weißer nicht das Gefühl habe, dass gegen ihn gerichtete Beleidigungen als Hate Speech definiert werden könn-

ten. Für ihn sei dies eher Trolling. Eine andere Interviewpartnerin, also weiblich, aber auch weiß, gab an, dass sie gegen sie gerichtete Beleidigungen als Hate Speech betrachte.

Alle Medienexperten sagten, dass eins der wichtigsten Instrumente gegen Hate Speech ein gutes Verhältnis zu ihrer Online-Community sei, da eine stabile und kritische Community in der Lage sei, selbst auf Hasskommentare einzugehen, ohne eine dauerhafte Einmischung einer vermittelnden Instanz. Eine Community, die sich solidarisch zeige, sich vernehmlich gegen Hasskommentare ausspreche und dabei sachlich und objektiv bleibe, sei ein wirksames Werkzeug. Viele der Medienexperten waren der Meinung, dass es das Recht der Nutzer sei, über das zu schreiben, über das sie schreiben wollten, so lange dies sich in Übereinstimmung mit den Regeln der Plattform finde, die dafür benutzt werde.

Das Löschen von Kommentaren solle als letztes Mittel genutzt werden, da ein Hasskommentar eine gute Gelegenheit darstelle, zu bilden. Ein Interviewpartner sagte, dass er, wenn er Hasskommentare sehe, den entsprechenden Verfasser privat kontaktiere, die Person bitte, ihre Position zu überdenken und zukünftig von Hass Abstand zu nehmen. Wenn diese Person damit fortfahre, Hasskommentare zu posten, publiziere er (der Interviewpartner) diese Kommentare.

Diese Haltung wird von einem weiteren Medienexperten geteilt, der sagte, dass Menschen vor einem Bildschirm sehr „mutig“ seien, dass sie aber in der Regel aufhörten, Hasskommentare zu formulieren oder auf eine andere Plattform wechseln würden, wenn ihre Kommentare öffentlich gemacht würden, wenn sie verlacht würden oder sie sich mit darauf bezogenen Kommentaren seitens der Community auseinandersetzen müssten.

Eine Medienexpertin sagte, dass sie so wenig wie möglich löschen wolle, dass sie jedoch keinesfalls *verpflichtet* sei, mit ihren Followern zu diskutieren, und dass sie ausschließlich konstruktive Kritik und Kommentare zulasse, die der Netiquette von Twitter entsprächen. So agieren die meisten der Medienexperten, da diese ihre Accounts selbst verwalten und nicht über die Ressourcen verfügen (Personal oder Zeit), hunderte von Kommentaren zu durchforsten.

Organisationen

Die Kategorie für Organisationen schließt Interviews mit einer Einrichtung zur Beratung von Verbrauchern und einer Initiative für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur ein. Die Initiative erläuterte ihre Definition von Hate Speech als *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, was als Sammelbegriff Antisemitismus, Homophobie, Sexismus u. ä. umschließe. Der Begriff Hate Speech werde in der öffentlichen Debatte zunehmend genutzt und mehr und mehr Menschen wüssten, was damit gemeint sei. Im Zusammenhang mit sozialen Medien – so die Beratungseinrichtung –

könne man Hate Speech als herabwürdigende Beiträge definieren, die sich gegen Einzelpersonen, größere Gruppen oder Organisationen richten.

Beide Organisationen unterschieden, wenn es um mögliche Reaktionen auf Hasskommentare geht, zwischen Hass, der sich gegen sie selbst (die Organisation), und Hass, der sich gegen andere (in der Regel ihre Nutzer) richtet. Hass, der sich gegen die Organisation oder ihre Angebote richtet, werde üblicherweise mit einer sachlichen Replik beantwortet oder gelöscht. Bei Hass gegen ihre Benutzer seien die Organisationen vorsichtiger und strikter, da sie eine sichere Umgebung für diese schaffen wollten. Ein wichtiger Teil der Bekämpfung von Hate Speech sei Bildung sowie die Herstellung von Werkzeugen und Mechanismen, die Nutzer verwenden können, wenn sie auf Hassreden reagieren wollen. Aus diesem Grund hat die Initiative mehrere Broschüren, Handreichungen und andere Publikationen zum Thema hergestellt. Die Initiative lege großen Wert auf die Produktion von Faltblättern, die einen umfassenden Überblick über Themen wie Rassismus, Homophobie, Immigration und anderes geben. Diese sollen den Nutzern sachliche Argumente liefern, wenn sie gegen Hassreden vorgehen wollen.

Ähnlich wie die Medienexperten sagten beide Organisationen, dass es wichtig sei, eine starke Community zu haben, die in der Lage ist, Hass zu bekämpfen, um so Moderatoren dabei zu unterstützen, gute und konstruktive Kommunikation herzustellen. Nutzer, die sich gegen Hassredner zur Wehr setzen und mithilfe sachlicher Informationen reagieren, sollten von den Organisationen gewürdigt werden, indem ihre Beiträge geliked oder hervorgehoben werden, so dass der bevorzugte Ton auf der Plattform jedem neuen Nutzer und Kommentator klar sei. Das Beratungszentrum betonte, dass es helfe, einen deutlich sichtbaren Link zur Netiquette zu haben, so dass es für die Nutzer keinen Zweifel darüber gebe, was erlaubt sei und was nicht. Es sei außerdem hilfreich, Antworten zu Kommentaren recht zügig zu veröffentlichen, da Hate Speech oft eine Eigendynamik entwickle und zu sehr hitzigen Auseinandersetzungen führen könne, was auf diese Weise frühzeitig unterbunden werden könne.

Redaktionen

Die Kategorie für Redaktionen schließt Interviews mit Redakteuren und solchen Social-Media-Managern ein, die für bekannte deutsche Zeitungen tätig sind. Alle Interviewpartner waren der Meinung, dass die Kommentarbereiche aller Online-Artikel moderiert werden müssen. Viele Zeitungen verpflichten Kommentatoren, sich zu registrieren, und viele von ihnen haben die Haltung, dass die Sichtung der Kommentare ein Muss ist und das Löschen von einigen davon unvermeidlich. Eine klare und präzise Netiquette sei sehr wichtig, um zu gewährleisten, dass alle Nutzer wissen, welche Regeln sie zu befolgen haben. Die Hervorhebung präziser, sachlicher und guter Kommentare sei ebenfalls ein gutes Instrument um zu verdeutlichen, wie das erwünschte Klima auf der Plattform aussieht. Was in diesen Interviews deutlich wurde, ist, dass Zeitungen Social-Media-Management zu einer hohen Priorität machen müssen.

Viele Redakteure sagten, dass Zeitungen von einem hohen Budget für Social-Media-Management und gutes Personal profitieren. Eine Interviewpartnerin gab an, dass – obwohl sie bei einer großen Zeitung sei – es für das Reaktionsteam fast unmöglich sei, alle Kommentare auf Facebook zu filtern. Viele Zeitungen unterstützten die Entscheidung, eine Registrierung der Nutzer auf der Nachrichtenseite vor der möglichen Nutzung der Kommentarfunktionen verpflichtend zu machen. Dies mache die Arbeit des Redaktionsteams, alles Geschriebene zu filtern, einfacher. Ein sinnvolles Tool auf Facebook seien Wortfilter, die die Veröffentlichung von Posts mit bestimmten Schlüsselwörtern verhindern. Ähnlich wie die Social-Media-Manager definierten die Redakteure ein gutes Verhältnis zu ihrer Community als eine ihrer Prioritäten.

5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Social-Media-Plattformen, Foren, Blogs, Websites etc. sollten einige Hinweise und Regeln beachten, wenn sie die allgemeinen Nutzungsbedingungen (Netiquette) für Nutzer aufsetzen. Die Regeln sollten gut verständlich sein und einen Überblick gewährleisten. Sie sollten darüber hinaus präzise und kurz genug sein, so dass der Nutzer nicht durch technische Begriffe oder zu komplizierte Formulierungen abgeschreckt wird. Das Redaktionsteam sollte sich nicht scheuen, die Nutzer dazu zu ermutigen, die Netiquette als Basis für ihre jeweilige Argumentation zu nutzen und von den Rechten, die sie haben, Gebrauch zu machen.

Des Weiteren hilft es, ein gutes Verhältnis zu seiner Online-Community aufzubauen und zu pflegen. Eine Community sollte willens und in der Lage sein, gegen Hate Speech zu agieren, ohne sich ausschließlich auf eine moderierende Partei zu verlassen. Die Community sollte ermutigt und in ihrem Bestreben belohnt werden, kritisch und sachlich zu denken und zu schreiben, und sollte selbst den Ton bestimmen, indem sie Solidarität mit Opfern von Hate Speech zeigt und sich dagegen auf objektive und besonnene Weise wehrt.

Redaktionsteams sollten solch ein Verhalten belohnen, indem sie dieses hervorheben und „ liken“ sowie gute Kommentare und Argumente teilen. Auf der anderen Seite sollten Kommentare, die nicht die Richtlinien befolgen, nicht automatisch gelöscht werden, sofern sie nicht eindeutig geltendes Gesetz verletzen, da sie a) als Aufklärungsinstrument genutzt werden können, um der Community zu zeigen, was nicht erwünscht ist, und dies b) sicherstellt, dass das Redaktionsteam nicht als eine überlegene Macht gesehen wird, sondern als ebenbürtiger Akteur, der bereit ist, allen die Chance zur Meinungsäußerung zu geben.

Besonders die Dienste, die über angemessene Ressourcen verfügen, sollten ein moderierendes Redaktionsteam einsetzen, da es selbst in Communitys, deren Kommunikation im Allgemeinen konstruktiv ist, immer wieder Personen gibt, die entweder provozieren, Hassreden verbreiten oder andere Nutzer herabwürdigen. Dies kann verhindert werden, wenn man Kommentare vorsichtet und die Kommentarfunk-

tion nur für angemeldete Nutzer freischaltet und wenn Personal vorhanden ist, das den Unterhaltungen und Auseinandersetzung langfristig folgt.

Medienexperten, aber auch Privatpersonen können in den sozialen Medien Wortfilter benutzen, die ihnen etwa dabei helfen, Hate Speech auszusondern. Bei sensiblen Themen sollten sich Einzelpersonen, Redaktionen und Medienexperten überlegen, ob sie von einer Veröffentlichung des entsprechenden Artikels in den sozialen Medien absehen und diesen ausschließlich auf moderierten Websites publizieren oder die Kommentarfunktion in diesem Fall abschalten.